

Einzelpreis 70 Heller.

1091

An die Kreisgewerkschafts  
Kommission

# Sozialdemokrat

Fischern.  
Lastenstr. 87.



Deutscher sozialdemokratischer Arbeiterpartei  
tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . KZ 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
ganzzährlich . . . 192.—

Für Deutschland  
monatlich BK 600.—, für  
Deutschland M. 40.—

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Mittwoch, 5. Juli 1922.

Nr. 155.

## Der Ruf nach links.

Die Ermordung Rathenaus, die wie der aufleuchtende Schein eines Blitzes in dunkler Nacht die Dinge rings erkennen ließ, hat die furchtbare Gefahr aufgezeigt, in der die deutsche Republik schwebt. Gegen diese Gefahr haben sich die Arbeiter und alle republikanisch gesinnten Elemente des Bürgertums in Deutschland erhoben und haben den Kampf gegen die schleichende, mordgierige alldeutsch-monarchistische Reaktion eröffnet. Daß diese Gefahr auch jetzt nicht gebannt ist, zeigt der Mordanschlag auf Maximilian Harden und das Bombenattentat auf das Mannheimer Gewerkschaftshaus. Alle in Deutschland und in der gesamten zivilisierten Welt durch das fortgesetzte schändliche Treiben der deutschnationalen Mörderorganisationen hervorgerufene Empörung hat, wie die versuchte Ermordung Hardens erweist, die Mörder und Feinde der Republik ebensowenig zur Einstellung ihrer Tätigkeit zu bestimmen vermocht, wie die arggekündigte Verhängung von Ausnahmengesetzen zum Schutze der Republik. Noch hoffen die Nordbarden, vertrauensvoll auf die monarchistische Bürokratie und auf die Monarchisten im Reichertar, daß die Schutzgesetze ein Messer ohne Stiel und Klinge bleiben werden und daß die Ausgestaltung dieser Gesetze zu einem wirksamen Schutze der Republik an dem Widerstande der bürgerlichen Parteien im Reichstage scheitern werde. Darum zeigen sie sich nicht im geringsten entmutigt und suchen auch weiterhin mit Revolver, Bombe, Schlagring und Blausäure ihre monarchistischen Mordabsichten zu erfüllen.

Die drohende Gefahr, in der die Demokratie und Republik in Deutschland sich befindet, hat nun endlich einen Entschluß gezeitigt, der politisch von großer Bedeutung ist und in weiterer Folge die Vorbereitung zur endlichen Einigung der sozialdemokratischen Parteien bedeutet. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat an die Parteileitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei aus Anlaß der drohend zugespitzten Lage die Frage gerichtet, ob die Partei geneigt wäre, in die Regierung einzutreten und derart den sozialistischen Einfluß in ihr zu verstärken, was einem Rufe des Regierungskurses nach links gleichkäme. Die Unabhängige Partei hat die Antwort darauf bereits erteilt: der Reichsausschuß der Unabhängigen faßte mit großer Mehrheit den Beschluß, der Aufforderung zu entsprechen und Vertreter in die Regierung zu entsenden. Der Beschluß stellt keine anderen Bedingungen als die Verwirklichung der von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien aufgestellten Forderungen zum Schutze der Republik. Das bedeutet eine Umbildung der Regierungskoalition im Reiche, der nun auch die Umbildung der Koalition in Preußen folgen muß.

Der Entschluß ist der Unabhängigen Partei gewiß nicht leicht gefallen, aber angesichts der Gefahr, in der die Republik und mit ihr die Arbeiterschaft schwebt, ist ihr keine andere Wahl geblieben, wenn sie nicht durch Unterlassung der Stärkung der Sozialdemokraten in der Regierung zur Vergrößerung dieser Gefahr beitragen wollte. Sie mußte alle Kleinlichen Rücksichten und Bedenken fallen lassen und sich auch von der Haltung der Kommunisten nicht bestimmen lassen, welche die gegenwärtige wirre Lage in Deutschland für ihre Hazardepolitik ausnützen möchten, eine Politik, die verblüffend ähnlich jener ist, wie sie den Herzenswünschen der nationalen Rechtsbolschewisten entspricht. Wenn es nach den wieder heftig einsetzenden Gekereien der Kommunisten ginge, so müßte das wilde Chaos in Deutschland eintreten, weil sie glauben, auf diesem Chaos ihre beglückenden Ideen nach russischem Muster verwirklichen zu können — eine Taktik, die auch jene der monarchistischen Rechtsbolschewiken ist, wie sich überhaupt die Extremisten von links und rechts mit rührender Uebereinstimmung in die Hände arbeiten. Der Eintritt der Unabhängigen in die Regierung bedeutet natürlich nicht die grundsätzliche Bejahung der Koalitionspolitik, er ist nur die Erfüllung einer unter den gegebenen augenblicklichen außer-

## Die U. G. P. vor dem Eintritt in die Regierung.

Berlin, 4. Juli (Eigenbericht). In der Frage der Erweiterung der Koalition durch den Eintritt der U. G. P. haben bisher lediglich vertrauliche Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien stattgefunden. Sie haben eine weitgehende Uebereinstimmung bei der Aufstellung des eventuellen Regierungsprogrammes ergeben. Heute nachmittags haben die Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien begonnen.

## Gewalttaten der Deutschnationalen.

Ein Attentat auf das Mannheimer Gewerkschaftshaus.

Berlin, 4. Juli (Eigenbericht). Nach einer Meldung aus Mannheim ist in der vergangenen Nacht das dortige Gewerkschaftshaus durch die Explosion einer Bombe schwer beschädigt worden. Ob Menschenleben dabei zu beklagen sind, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls ist sehr schwerer Sachschaden angerichtet worden. Es ist anzunehmen, daß die Bombe von rechtsstehenden Kreisen gelegt worden ist.

## Die stumme Demonstration der reichsdeutschen Arbeiterschaft.

Berlin, 4. Juli (Eigenbericht). Zur Unterbrechung der Forderungen der Spitzenverbände der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien hat heute nachmittags wiederum eine große Demonstration der Berliner Arbeiterschaft stattgefunden. Mittags um ein Uhr schlossen die Betriebe, die Arbeiter zogen in geschlossenen Zügen nach Berlin-W., wo sie zwischen drei und vier Uhr eintrafen. Die vornehmen Straßen des Berliner Westens waren bald von demonstrierenden Proletariern gefüllt, die zahlreiche rote Fahnen und Embleme mit entsprechenden Aufschriften mitführten. Den Mittelpunkt der Demonstration bildete die Kaiser-Wilhelms-Gedächtniskirche. Reden wurden nicht gehalten. Eine große Musikkapelle spielte nur proletarische Lieder, zum Schluß die „Internationale“, die von den Massen mitgesungen wurde. — Nach bisher vorliegenden Nachrichten sind die Demonstrationen im ganzen Reich ruhig verlaufen.

## Zeichen der Erregung.

Berlin, 4. Juli. In einer Reihe von Städten ist es nach den Demonstrationen zum Schutze der Republik zu Ausschreitungen gekommen. In Köln versuchten die Demonstranten nach der Rundgebung, die im allgemeinen ruhig verlief, die auf der Hohenzollernbrücke stehenden Denkmäler zu beschädigen, sie wurden aber von der Polizei zerstreut. Einigen Teilnehmern war es aber schon gelungen, eines der Denkmäler anzufügen. In Magdeburg versuchten die Demonstranten einen Angriff gegen das Sparlassagebäude, die Polizei schlug die Menge mit blanker Waffe zurück. Eine Gruppe von Kommunisten versuchte das Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu stürzen, was die Polizei verhinderte. Später wurde der Straßenbahnverkehr von den Demonstranten unterbunden. Eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

In Jitta fanden auf dem Marktplatz Ansammlungen statt. Auf die Aufforderung eines

Kommunisten begab sich eine größere Menge nach dem Schützenplatz und nahm der Schützengesellschaft etwa 100 Gewehre fort, die zum Teil geraubt, zum Teil zerfchlagen wurden. Vom Marktplatz begaben sich die Demonstranten zur Redaktion der „Jittauer Morgenzeitung“ und verlangten die Widerrufung eines Artikels, was jedoch abgelehnt wurde. Ein anderer Trupp zog nach dem Amtsgerichtsgebäude, um Gefangene zu befreien. Um 8 Uhr abends dauerte die Ansammlung noch an.

In Frankfurt a. M. kam es bei dem Umzuge im allgemeinen zu keinem Zwischenfalle, doch drangen einige sogenannte Kommissionen in die Betriebe ein und erzwangen deren Schließung. Auch wurde eine Anzahl Fensterscheiben in der Kaiserstraße zertrümmert, so daß schließlich die Polizei die Räumung und Abschließung der Straße vornehmen mußte.

## Stellung der Entente zu einem Rechtspulsch.

London, 3. Juli. (Tsch. P.) Im Unterhause fragte Wedgwood, ob dem britischen Botschafter in Berlin irgend eine Anweisung gegeben worden sei, hinsichtlich der Haltung, die er einnehmen sollte, falls in Deutschland ein Aufruhr von der Art des Rapp-Butschs ausbrechen sollte, der dem Fortbestande der deutschen Republik wahrscheinlich verberlich sein würde. Lloyd George antwortete: Wedgwood darf versichert sein, daß der britische Botschafter in Berlin in enger Fühlungnahme mit dem britischen auswärtigen Amte über alle die britische Regierung interessierenden Dinge steht. Wenn aber eine reaktionäre Bewegung, die den vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands feindlich ist, etwa Erfolg haben sollte, so würde dadurch zweifellos eine ernste Lage entstehen und die Alliierten könnten gegen ein solches Ereignis nicht gleichgültig sein.

bracht hätte, das Gesetz zum Schutze der Republik so zu gestalten, daß es den monarchistischen Angriffen und Agitationen eine feste Schranke entgegengestellt hätte. Soll dieser Schutz wirksam sein, so müssen die monarchistischen Verschwörer- und Mörderneester mit rücksichtsloser Hand ausgehoben, jeder Angriff auf die Republik streng bestraft werden, damit sie den deutschnationalen Mordbuben nicht wie bisher mit Hilfe der von ihnen schändlich mißbrauchten demokratischen Freiheit zum Gespött diene. Es müssen endlich auch die Regierungsstellen, Behörden und Gerichte und vor allem die Reichswehr von allen monarchistischen und antirepublikanischen Elementen schonungslos gesäubert werden, soll nicht das monarchistische Krebsgeschwür weiter fressen. Nur durch die Verstärkung des sozialistischen Einflusses in der Regierung ist es möglich, diese Aufgabe zu erfüllen und die Republik den Klauen der Monarchisten und Rechtsbolschewisten zu entreißen.

## Der Verfall der deutschen Währung.

Nachdem sich der Kurs der Reichsmark im Verhältnis zur tschechischen Krone wochenlang auf ungefähr fünf zu eins zu befestigen schien, ist ein neuerlicher Verfall der deutschen Währung eingetreten. In den letzten Tagen stellte sich in Berlin das Verhältnis auf acht zu eins, in Prag bekam man eine Mark für zwölf Heller tschechoslowakischer Währung, in Zürich ist die Mark nur noch etwas über einen Centime wert. Obwohl Deutschlands innerpolitische Lage, die Ermordung Rathenaus und die hiedurch zutage getretene politische Anarchie in Deutschland sowie die Gefahr einer monarchistischen Reaktion auf die Währung nicht ohne Einfluß geblieben ist, liegen die hauptsächlichsten Ursachen für den neuerlichen Kurssturz der Mark vor allem auf ökonomischem Gebiete, so wie es seit mehr als einem Jahre der Fall ist.

Deutschlands wirtschaftliche Lage wird in erster Linie bestimmt durch die Abstattung der riesenhohen Reparationsschuld an die Alliierten. Bekanntlich hat der Versailler Frieden Deutschlands Zahlungen im einzelnen nicht geregelt, erst das Londoner Abkommen vom 11. Mai 1921 hat die Höhe der deutschen Reparationsschuld auf insgesamt dreieinhalb Milliarden Goldmark, das sind zum jetzigen Kurs ungefähr 280 Milliarden Papiermark (in Zahlen 280.000.000.000 M.) festgesetzt. Diese Leistungen müssen entweder in Gold oder in hochwertigen Devisen (Dollars und Pfunds) beglichen werden. Deutschland mußte also auf den Börsen des In- und Auslandes fremde Devisen einkaufen und warf Papiermark auf den Markt, sodaß infolge des übermäßigen Angebotes an Papiermark deren Wert seit dem Sommer des vorigen Jahres katastrophal sank. Als die Alliierten sahen, was für ein Unglück sie angerichtet hatten, sann sie darüber nach, wie Deutschland die Reparationen zahlen könne, ohne daß der Wert seiner Währung so furchtbar sinkt. Aus dieser Erwägung heraus entstand das Wiesbadener Abkommen vom Oktober 1921, an dem der eben ermordete Rathenau den Hauptanteil hatte und dessen tragender Gedanke die Verwandlung eines Teiles der Barzahlungen Deutschlands in Sachleistungen war. Trotzdem blieb aber ein großer Teil der Barleistungen bestehen und der Wertverfall der Mark schritt durch das ganze Jahr fort.

Es waren insbesondere die englischen Oligomen und die amerikanischen Bankiers, welche die Ansicht vertraten, daß Deutschland auf einige Zeit von den seine Währung so arg beeinträchtigenden Zahlungen entbunden werden müsse, und zwar dadurch, daß Deutschland von den Alliierten eine bedeutende langfristige Anleihe gewährt werden müsse, aus der Deutschland die Reparationen in den nächsten Jahren bezahle. Deutschland hingegen war wieder bemüht, ein Moratorium durch einen Aufschub der Zahlungen für eine gewisse Zeit zu erreichen. Das Anleihekomitee, das nun unter dem Vorsteh von Morgan nach der Konferenz von Genewa in Paris zusammentrat und im Mai und Juni dieses Jahres tagte, kam zu dem Ergebnis, daß die Reparationsleistungen einigermaßen vermindert werden, das heißt, der Londoner Zahlungsplan geändert werden müsse, wenn Deutschland kreditfähig bleiben solle. Da dies aber die Entente, vor allem Frankreich, nicht zugeben hat, ist aus der Anleihe nichts geworden, weswegen das Vertrauen des Auslandes in Deutschlands wirtschaftliche Erholung nicht eben gesteigen ist. Dies bestärkt der bekannte amerikanische Volkswirtschaftler Bankier Frank A. Vanderlip, der jüngst in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ schrieb: „Ich bin fest davon überzeugt, daß der amerikanische Geldinhaber sich nie dazu hergeben wird, Gelder für die Alliierten gemäß den Bedingungen des Versailler Vertrages einzutreiben.“

Der Marksturz der allerletzten Tage hat seine Ursache vor allem darin, daß Deutschland in den letzten Wochen ausverkauft worden ist, weil die fremdländischen Käufer infolge der Höherwertigkeit ihrer Valuten in Deutschland billiger gekauft haben als in ihren Heimatländern. Die deutsche Industrie muß nun daran gehen, neue Rohstoffe im Ausland einzukaufen, um wieder erzeugen zu können. Dazu ist eine große Menge fremder Valuten notwendig und die Nachfrage nach diesen teuren fremden Währungseinheiten gegenüber der Mark wieder in die Höhe. Außerdem ist Deutschland gezwungen, durch seine ungenügenden Lieferungen an Frankreich (etwa zwei Millionen Tonnen monatlich) für seine eigene In-



# Das Attentat auf Harden.

Berlin, 4. Juli. (Wolff — amtlich.) Die von der Kriminalpolizei sofort nach dem Ueberfall auf Maximilian Harden angeführten Ermittlungen haben ergeben, daß bei dem Anschläge zwei Personen mitgewirkt haben. Von den Tätern ist der eine ergriffen, dem anderen ist die Berliner Polizei auf der Spur. Die Täter entstammen ähnlichen Kreisen wie die Mörder des Ministers Rathenau. Der bereits festgenommene Täter ist Mitglied des vom preussischen Ministerium des Innern jüngst aufgelösten Verbandes national gesinnter Soldaten. Bei der Tat trug er als Kravattenadel ein Halenkreuz. Die Verwundungen Hardens sind ziemlich schwer aber nicht lebensgefährlich. Er hat sieben Hiebe über den Kopf erhalten.

## Die Totschläger-Helden festgestellt.

Berlin, 4. Juli. (Wolff.) Die eingehenden Ermittlungen haben bereits zu einer Aufklärung des Anschlages auf Maximilian Harden geführt. An dem Anschläge hat neben dem festgenommenen landwirtschaftlichen Beamten Weichardt, der 24jährige ehemalige Oberleutnant und jetzige Kaufmann Antermann teilgenommen. Der letztere hatte mit einem Totschläger auf Hardens Kopf eingeschlagen, während Weichardt den Aufpuffer abgab. Es ist bereits erwiesen, daß beide Täter zu dem Attentate von einer hinter ihnen stehenden geheimen Organisation bestimmt worden sind. Auf die Ergreifung Antermanns, der sich sicher noch in Berlin aufhält, ist eine Belohnung von 10.000 Mark ausgesetzt.

Was unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Anschlages niemand bezweifelt hat, ist nun durch die Feststellungen der Kriminalpolizei bestätigt: daß auch bei diesem Verbrechen die Halenkreuzer ihre Hände im Spiele haben. Der Sinn ihrer Tat ist noch aberwichtiger als etwa in den Fällen Erzberger und Rathenau. Denn wenn

sich hier die Mörder noch einbilden konnten, daß sie, indem diese Männer der Tat fielen, auch das von ihnen vertretene System zu Falle brächten, trafen sie in Harden nur noch den diesgenannten, im Grunde aber auffällig wenig in die Tiefe wirkenden Publizisten. Ein System steht und fällt mit Harden wahrhaftig nicht, es sei denn, daß man prinzipielle Außenseiterschaft schon als System bezeichnen wollte. Anders zu sein als die anderen, war stets Hardens allerhöchster Ehrgeiz. Dieser Drang verdeckte oft sein großes Wissen und seine geradezu unheimliche, allerdings auch unheimlich zitterkräftige Befessenheit und ebenso verdrängte er ihm die großen stilistischen Anlagen zur bisweilen unerträglichen Manie. Am sinnfälligsten aber zeigte sich Hardens Originalitätstreben im Rückzugsweg seiner politischen Anschauungen. Seine große Zeit hatte er, als er, des gestürzten Bismarck journalistischer Vertrauter und Gerold, die schwächlichen Epigonen des Altkanzlers, die Cavrioli und Bülow, in ihrer ganzen geistigen Dürftigkeit aufkeimte und seine überlegene Ironie an Wilhelm II. Oberreiterkaiser zum Beweise. Dieser Tendenz blieb er auch nach Bismarcks Tode treu, doch übte er, um „er selbst“ zu sein, die Reizität nicht von links, sondern von rechts her, d. h., er überbot die offizielle Flotten- und Expansionspolitik noch um ein beträchtliches und konnte sich im Imperialismus gar nicht genua tun. Als umgekehrt während des Krieges der Imperialismus die höchsten Stellen schloß, redete er ungefähr von 1916 ab dem Pazifismus das Wort, und auch in der Nachkriegszeit blieb er, den Reoerenden und den Parteien gegenüber, der Eintrübler auf eigene Rechnung. Man las ihn, bisweilen anoreget, bisweilen gereizt und durch den stilistischen Erosionismus aufgebracht, aber man handelte nicht nach seinen Meinungen; er blieb der Publizist, dessen Wirkung sich aufs gedruckte Wort beschränkt. An Befähigung, hätte bedeutet, die deutsche Zeitschriftenliteratur um einen ihrer interessantesten Vertreter ärmer machen; die praktische Politik wird von Hardens Sein oder Nichtsein kaum berührt.

munistischen Sinne betätigt haben. Ein Zehntel ungefähr der Heimkehrer mag im kommunistischen Lager gestanden sein, die erdrückende Mehrzahl aber raste im Chauvinismus, stürzte Denkmäler um, rief deutsche Schilber hinunter, ergoß sich mit Schiebereien, eroberte das Prager Landestheater und huldigte höchstens in einem Bruchteil ganz verwässerten sozialistischen Anschauungen Marke Bechny. Nicht nur die Richter im fernem Moskau, die Welt hört Dr. Smerals Zeugnisse, die Tschechoslowakei hört sie und ist stolz ob der vollendeten Lartüfferie des kommunistischen Kronzeugen.

Denn der Mann, der den Sozialrevolutionären zum Vorwurf macht, für ihre Staatsauffassung gekämpft zu haben, die jedenfalls eine sozialistische Auffassung war: Dieser selbe Mann hat in denselben Tagen die habsburgische, dem Sozialismus meilenferne Staatsauffassung mit Liebe und Begeisterung vertreten. Die Befehle dafür braucht man nicht so sorgsam zu suchen, wie Dr. Smeral Beweise seiner Zeugnisaussagen im Memorandum eines gewissen Pavlik und in der Broschüre eines Majors Kratochwil aufstöberte, sie liegen vielmehr sozusagen auf der Straße.

In einer Versammlung der „Österreichischen politischen Gesellschaft“, am 17. Juli 1917, bezeichnete er sich als einen „Tschechen, der Desterreich liebt und an die Zukunft Desterreichs glaubt“ und er schloß mit der Hoffnung, daß die Völker Desterreichs „durch die Herzen... zur österreichischen

Staatsidee gelangen können.“ Haben die Sozialrevolutionäre etwa 1917 auch gehofft, zur Romanowschen „Staatsidee gelangen zu können“?

Am 31. Jänner 1917 versicherte er zusammen mit Stanek und Mastalka der Kriegshyäne Berchtold, daß „das tschechische Volk wie immer in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart und in der Zukunft bloß unter dem habsburgischen Szepter seine Zukunft und die Grundlagen seiner Entwicklung erblickt.“

Gemeinsam mit Stanek und Tobolka beglückwünschte er gelegentlich einer Konzertschlacht den Borevic im 8. Juni 1917 also: „Mit Stolz begrüßen wir die heutige Meldung, daß unsere Armee in einer großen Schlacht tapfer gekämpft und einen glänzenden Sieg errungen hat. Wir bitten den Ausdruck unseres Dankes und unserer Bewunderung entgegenzunehmen.“ Das war dieselbe Armee, die schließlich durch ihr Säbelgerassel den Frieden von Brest-Litowsk erzwang, die dem Volkswillens so den tödlichsten Schlag verfehlt hätte, wenn nicht Smerals Gegner von damals, die Entente, den Brest-Litowsker Frieden aus der Welt geschafft hätte.

Gewiß, Dr. Smeral ist ein Mensch und jeder Mensch hat das Recht und sogar die Pflicht, umzuändern und seine Ueberzeugungen zu ändern. Daß also Dr. Smeral heute in einem anderen Lager steht, ist seine eigene Sache, solange er nicht anderen aus ihrer Ueberzeugung einen Vorwurf macht.

er kommt auch hier von der ethischen Idee her zum Kunstwert. Und doch handelt es sich hier nicht um ein „Lebensstück“ im üblichen Sinne; denn die revolutionäre Idee ist bei Toller alles andere als kalt abstrakte Doktrin: sie ist tief menschlich verankert, sie ist eigentlich selbst künstlerischer Gedanke, und so vollzieht sich ihre Gestaltung im Kunstwert ganz organisch und notwendig. — Auch „naturalistisch“ darf man dies Drama nicht nennen. Die Komposition ist im ganzen und im einzelnen durchaus dichterisch. — Schon der treffliche rhythmische Schwung der Sprache ist überzeugend.

Die Handlung: Arbeiter kämpfen streikend für ihr Recht gegen die Ausbeutung. Das scheint nicht neu als künstlerisches Thema, ja es ist sogar schon ganz meisterhaft und, wie man meinen könnte, endgültig gestaltet worden. Ich denke an Jolas „Germinal“, an Hauptmanns „Weber“, an „Streik“ Goldworthys. Toller wählt den Kampf englischer Weber gegen die Einführung der Dampfmaschine zum Thema, und gewinnt durch dies weite Zurückgreifen die Möglichkeit, den Sinn der Maschine und die Idee des proletarischen Kampfes zur Zeit der Entstehung beider zu betrachten, während die angeführten Dichter mit bereits festen Begriffen arbeiten. — Uebrigens hält er sich nicht pedantisch an das gewählte Milieu: er läßt seinen Helden Gedankenreihen entwickeln, die geistesgeschichtlich betrachtet, 1815 ganz sicher nirgends formuliert wurden, die durchaus Eigentum unserer Zeit sind. So ist es denn nicht eigentlich das Historische an diesem Drama, das unser Interesse in Anspruch nimmt — das würde wohl eher bestrebt durch das Buch von Friedrich Engels „Die Lage der ar-

beitenden Klasse in England“ —, sondern das höchst gegenwärtige Problem, das an seiner Wurzel betrachtet wird und uns — das ist die Hauptsache — sinnfällig vor die Augen tritt in lebendigen Gestalten, die ein Dichter besetzt hat.

Ein Vorspiel führt uns in die Sitzung des englischen Oberhauses, das soeben eine verhängnisvolle Bill gegen den Kampf der Arbeiter in zweiter Lesung annimmt. Nur einer widerspricht ihr, Lord Byron; aber seine Mühe bleibt fruchtlos:

Er sprach wie ein Poet, nicht wie ein Staatsmann. Poeten können Dramen schreiben, Verse dichten, Doch Politik ist Handwerk besser Männer. Eich des Gefandels anzunehmen, mag man gelten lassen Als poetische Marotte.

Die Situation der Weber wird nicht mit einem Male vor uns entrollt, sondern sehr geschickt geworfene Streiflichter sehen bis zum letzten Akte dies Bild Stück für Stück zusammen. Jimmy Cobbet, der eigentliche Held des Stückes, wird mit ähnlichen Hilfsmitteln immer mehr zur Zentralfigur. Die Weber haben einstimmig den Streik beschlossen mit der Parole: „Rein Handschlag an Maschinen! Die Streikbrecher trifft die voll entfesselte Wut der Kollegen, als deren Wortführer wir John Bible sehen, denselben, der nachher zum Verräter wird. Das ist bezeichnend für Tollers Stil; in der Schwarz-Weiß-zeichnung eines Tendenzstückes wäre es unmöglich. — Jimmy, der soeben in die Heimat zurückgekommen ist, hat draußen viel gelernt, er ist der intelligente Arbeiterführer; aber das ist nicht

Wenn aber er, der „Bewunderer“ österreichischer Stege, dabei hilft, aufrechten Verfechtern ihrer Ueberzeugung den Sivil zum Galgen zu drehen, so wird seine Privatfahse zu einer öffentlichen Angelegenheit und seine Zeitgenossen erhalten das Recht, ihm zu sagen, daß solche auf Tötung von Mitmenschen hinielende Zeugenschaft eines Mannes, der jämmerlich umfiel, eine vollgewichtige Lumperei ist.

## Inland.

Die Deutschnationalen rufen nach Gendarmerieassistenten zum Schutze gegen die deutschen Sozialdemokraten. Aus Jägerndorf wird uns gemeldet: Am Montag sprach hier im Schützenhause der Stinkbombenwerfer Baeran. Tags vorher erschien der Führer der Deutschen Nationalpartei Obstdt. Strauß bei der politischen Bezirksverwaltung mit der Bitte um Gendarmerieschutz, weil die Sozialdemokraten angeblich die Versammlung besuchen wollen. Wir registrieren diese Laifasche, weil die Deutschnationalen mit dem Bruckton der Ueberzeugung bis nun den tschechischen Staat und seine Einrichtungen verneinten, in Wirklichkeit aber Gendarmerieschutz verlangten, trotzdem sie auf ihren Plakaten großmäulig geschrieben: „Jedermann hat Zutritt!“ Es widert die deutschen Sozialdemokraten an, einem Baeran nachzulaufen. Wir erklären aber: sollte es diesem politischen Hanswurst gelüsten, unter dem Deckmantel einer geschickt gewählten Tagesordnung die Sozialdemokratie nach berühmten Mustern in den Schmutz zu ziehen, so werden wir Veranlassung treffen, daß Baeran in Schlesien überhaupt nicht sprechen darf. Aber nicht die Regierung, sondern die Arbeiterschaft werden wir aufsuchen.

Achtung! Hochverrat — wittern die Tschechen wieder einmal, und zwar diesmal im Znaimer Gebiet. Sie stellen im „Beber“ fest, daß enge Beziehungen der dortigen Deutschen mit den Stammesgenossen in Oberösterreich bestehen. Besonders in Wien sei ein starker „Bund“, der sich besonders um die Angelegenheiten der südmährischen Deutschen bekümmere und für deren Zwede Sammlungen, Agitationsveranstaltungen und Kongresse veranstalte, an denen sich auch die Deutschen Mährens selbst beteiligen. Aber der Schnüffelerei folgt diesmal allzu häufig ihr Zived auf dem Fuße. Nach dieser „Bombe“ steht folgender Satz: „Des halb offenbart sich auch eben in Znaim... im Entgermanisieren der Stadt eine Art von... Stagnation. Den Deutschen gelingt es, weiterhin zum großen Teil den äußeren deutschen Charakter der Stadt zu wahren.“ Und nun folgen die bekannten Stichleiten gegen das Deutschsprechen in Geschäften, Kaffeehäusern, auf den Straßen (hier wird natürlich sofort der Graben Prags in Analogie gezogen). Und schließlich — wer bildet das deutsche Element aller mährischen Städte? „Die Juden sind es.“ — Dieser famose Behauptung, der als Originalnachricht unter dem Titel „Der Kampf mit der Germanisierung Mährens nimmt zu“ in der Redaktion des „Beber“ fabriziert wurde, ist mit „ohm“ gezeichnet. Der Träger dieser Chiffre hat schon zur Zeit der Landestheateraffäre dem tschechischen Chauvinismus „wertvolle“ Dienste geleistet. Er ist auch diesmal seiner verkehrenden Tätigkeit treu geblieben.

Das Wahlrecht der Soldaten und der Geistlichen. Die „Rube Doba“ erzählt von einem Antrag, den der tschechische Meritale Dr. Majanec im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses eingebracht hat. Dieser schlug angeblich vor, daß den Soldaten das Wahlrecht genommen

## Bohumil Smeral der Zeuge.

Am 30. Juni stand Dr. Smeral als Zeuge vor dem Moskauer Gerichtshof, der die angeklagten Sozialrevolutionäre abzuurteilen hat. Es ist also eine Sache auf Leben und Tod, um die es geht, und da heißt es für einen gewissenhaften Menschen nicht, demagogische Wirkungen zu erzielen, sondern nach reichlicher Prüfung seiner selbst und aller Tatsachen und Umstände Zeugnis abzulegen. Nun stand Dr. Smeral den Dingen, die 1917 in Rußland geschahen, räumlich viel zu fern, um in einem Kapitalprozeß als Zeuge aufzutreten zu dürfen, schon seine juristische Schulung hätte ihm dies verbieten müssen. Vor allem aber schlug seine Aussage den Tatsachen und seiner eigenen Vergangenheit von 1917 derart ins Gesicht, daß man sie ohne Ueberreibung als eine Verwessenheit bezeichnen darf.

Er erzählte, die tschechischen Legionäre seien in Rußland von den Sozialrevolutionären unter falschen Vorwärtelungen zum Kampf gegen die Bolschewiki geworden worden; sie, die überzeugten Revolutionäre und Kommunisten, hätten diesen konterrevolutionären Kampf sofort abgebrochen, sobald sie über das wahre Wesen der Bolschewiki und der Sozialrevolutionären Aufklärungen erhalten hätten. Bevor wir ihm diese Geschichtsklitterung glauben, mißte uns Dr. Smeral beweisen, daß die Legionäre nach ihrer Rückkehr in die Heimat sich irgendwie im kom-

## „Die Maschinenstürmer“.

Ein neues Drama von Ernst Toller. „Ein Drama aus der Zeit der Ludditenbewegung in England“; 1815 Nottingham in England: Schon Untertitel und Milieuangabe lassen einen aufhorchen, zeigen einem, daß man es in Toller's neuem Drama mit einem anderen Stil zu tun hat als in seiner „Wandlung“. Dort: traumhaftes Zerfließen, mystische Symbolik; hier: ganz individuell bestimmte, plastische Gestaltung. Das heißt nun nicht etwa, daß Toller zum Naturalismus der achtziger Jahre zurückgekehrt ist, so stark man auch anderseits durch das stiltliche Pathos an Zola, Ibsen, den jungen Hauptmann erinnert wird. Toller verleugnet in den „Maschinenstürmern“ den Stil der „Wandlung“ durchaus nicht, er zeigt überall, wieviel er an ihm gelernt und übernommen hat; aber er ist über ihn hinausgekommen, zum mindesten, was das eigentlich Dramatische, was die Bühnenfähigkeit angeht. „Die Maschinenstürmer“ bringen Gestalt und Entwicklung. Es handelt sich um ein Drama im wahren Sinne des Wortes. Hier hat Toller seiner Idee durchaus die richtige und wirksame Form gegeben. Denn das ist nicht zu verkennen:

\*) E. P. Tal & Co., Verlag, Leipzig, Wien, Zürich 1922. In Berlin fand am 30. Juni die Ue-aufführung des Dramas statt und löste große Kundgebungen aus gegen die Nationalisten, für die Republik und für Ernst Toller, der bekanntlich noch immer auf der bawelschen Festung Niederschönenfeld gefangen gehalten wird.

das Wesentliche: er ist der gute Mensch, der sich einsetzt für seine Brüder. Er durchschaut die Lage sofort, und er will helfen, will führen. Er spricht mit Ned Lud, dem Führer der Maschinenstürmer der „Ludditen“. Diese Leute wehren sich gegen die Einführung der Maschine, die Aufgeklärten, weil sie Arbeitslosigkeit vor sich sehen, andere fürchten die Maschine geradezu als ein geheimnisvolles Wesen, alle haben sie ein dumpfes Gefühl dafür, daß sie ihnen ihr Menschstum raubt. So schreibt später einer von ihnen:

„Drei Tage ließ ich mich in Carlton an Maschinen fesseln... Dann floh ich. Bis eine Hölle ange Packt auch der Dämon Dampf Reißt euch das Herz aus dem Leib Und flut und flut und flut In Stille den lebendigen Körper. Du, Charles, wirft Wein: Du triffst... Du triffst... Du triffst dein ganzes Leben... Und deine Arme werden schlaff, Die Augen blind, der Rücken krumm... Du, Georges, wirft Sand, und knüpft... und knüpft und knüpft, Und deine Ohren werden taub... Dein Hirn verdort... Dein Blut gerinnt.“

Jimmy geht gar nicht darauf ein, er steht Laifasche: „Ich keine die Maschine und sage, was geschieht, ist Wagnwitz!“ „Die Arbeiter werden die Maschine erobern“, sagt er seinem Bruder Henry, dem seinen Mann, der es inzwischen zum Geschäftsführer der Fabrikherren gebracht hat. Und dann redet er in der Versammlung der Streikenden, die eben die Zerstückung der Maschi-



werden sollte. Und nun schreibt das Blatt: „Darauf überreichte der Abgeordnete Genosse Pitt namens der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses den Antrag, daß das Wahlrecht der Priester und Ordensbrüder aufgehoben werde, da die Religion eher als das Meer einer Entpolitisierung bedarf. Die Merikalen belangen Angst vor dem sozialdemokratischen Antrag, denn sie wissen gut, was dessen Verwirklichung für die Merikale Partei bedeuten würde und deshalb widerrief Dr. Mazanec seinen Antrag auf Aufhebung des Soldatenwahlrechtes.“ — Die „Nova Doba“ sagt zwar nicht ausdrücklich, daß der tschechische Sozialdemokrat Pitt daraufhin ebenfalls wie der Merikale Mazanec seinen Antrag zurückzog, aber es ist doch Tatsache, denn aus dem vorliegenden Bericht wird offenbar, daß der Abgeordnete Pitt seinen Antrag nur zu dem Zwecke überreichte — das beweist das Wortchen „darauf“ — um Dr. Mazanec zur Zurücknahme seines Antrages zu zwingen. Worüber man sich schon einige Gedanken machen kann.

Noch einmal die Korruptionsaffäre der Volkserziehungsgelder. Der gestrige „28. Kije“ spricht wieder einmal von der bekannten Angelegenheit der Staatsdotations von drei Millionen Kronen, welche für die Volkserziehung bestimmt waren, aber von den Regierungsparcieen „beschlagnahmt“ wurden, welche, wie das Blatt sagt, das Geld zur Vermehrung ihrer Agitations- und Wahlsonde verwenden werden. Diese Angelegenheit soll auch Gegenstand der Debatte auf dem Kongresse der Volksbildner gewesen sein, den der „Spěšný spaz“ (Volksbildungsverband) veranstaltet hat. Dort wurde ein Beschluß gefaßt, in welchem die Regierung aufgefordert wird, den Parteien, an die sie den Fond verteilt hat, eine Liquidation dieser Dotation aufzuerlegen. — Der „28. Kije“ fügt dieser Meldung hinzu: „Allerdings wird die Regierung, welche diese Verteilung (gelinde gesagt) erlaubt hat, nicht den Mut und auch nicht die Lust haben, ihren Mitschuldigen irgendeine Liquidation aufzuerlegen. Die Beute wird irgendwo in einem Koffer vergraben — und dann werden die Raubtiere wiederkommen!“

**Kampfmethode des „Pravo Lidu“.** Das gestrige Abendblatt der „Pravo Lidu“ bemerkt die Tatsache des Eintrittes der Unabhängigen in die deutsche Regierung zum Schutze der Republik zu einem ordinären Angriff auf die Deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei. Diese wären zur Zeit der Bedrohung der tschechoslowakischen Republik durch den karlistischen Putsch in Ungarn weit davon entfernt gewesen, sich zum Eintritt in die Regierung zu melden, ja sie hätten mit den deutschen Monarchisten in der Kritik der Mobilisierungsvorlesungen und in der Verteidigung derjenigen geweltet, welche in der Stunde der Gefahr dem Mobilisierungsbefehl keine Folge leisteten. „Es ist eben nicht“, heißt es zum Schluß, „die eine Republik wie die andere. Die unsrige ist offenbar minderwertig.“ Die Kampfmethode des „Pravo Lidu“ artet in der letzten Zeit ganz in nationalistisch-demagogische Verdrehungskünste aus, die in der sozialistischen Presse bisher nicht üblich waren. So muß jedem, der die Ereignisse zur Zeit des karlistischen Putsches verfolgt hat, die republikanische Haltung der deutschen Sozialdemokraten über jeden Zweifel erhaben erscheinen. Die deutschen Sozialdemokraten haben damals aufs unabweisbarste kundgetan, daß sie einer Restaurierung der Monarchie mit den allerhöchsten Mitteln entgegenzutreten würden. Nebenbei: Die Frage des Eintrittes der deutschen Sozialdemokraten in die Regierung stand damals überhaupt nicht zur Diskussion, wozu noch bemerkt sei, daß der Republikanismus der tschechischen Parteien, inklusive die tschechischen Sozialdemokraten, gerade in der damaligen Situation danach nicht das geringste Verlangen trug, was in seinem Wesen begründet liegt. Auf das Konto des nationalistischen Einschlags des Republikanismus hierzulande muß es schließlich auch geschrieben werden, wenn die Arbeiter Deutschlands zur Deutschen Republik mit größerer

## Großer Textilarbeiterausstand in Nordböhmen.

**Warnsdorf, 4. Juli. (Eigenbericht.)** Die nordböhmenischen Textilindustriellen sind als eine ganz besonders hartnäckige Sorte von Unternehmern bekannt. Es ist noch unergötzlich, daß sie es waren, die vor nunmehr fast einem Vierteljahrhundert in Jvichau und Warnsdorf tausende Textilarbeiter, nur weil sie den Rebstundentag forderten, in Warnsdorf zum Beispiel ein volles Vierteljahr, am Platz liegen ließen. Es stehen vorläufig in Rumburg und Schönlinde abermals tausende Textilarbeiter im Streik, diesmal um einen weiteren Abbau ihrer Löhne zu verhindern. Die im Kreisverband „Niederland“ zusammengeschlossenen Textilfabrikanten haben es sich in den Kopf gesetzt, die bisherige Teuerungszulage grundlos um 30 Prozent zu reduzieren. Diesen Anstimmungen traten im März die Vertrauensleute der Union mit aller Schärfe entgegen und es kam in den betreffenden Verhandlungen damals zu einem Kompromiß, es wurden dem Abbau der Teuerungszulage zugestimmt für den Fall, daß die Teuerung auch tatsächlich zurückginge. Die

abzubauenden dreißig Prozent dieser Zulage, das ist gleich zwölfeinhalb Prozent des Gesamtlohnes, wurden geteilt, fünfzehn Prozent mit dem 1. Mai abgezogen, der weitere Abbau sollte nach dem Willen der Unternehmer jetzt erfolgen. Darüber gepflogene Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zerschlugen sich, weil diese es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, einer Reduktion der Einkünfte der Arbeiter zuzustimmen, solange die Preise für Lebensmittel nicht fallen, sondern weiter steigen. Die Unternehmer sind diesen Tatsachen und Vernunftgründen unzugänglich. Sie dekretieren zum 1. Juli die Reduzierung des Lohnes um die weiteren sechseinhalb Prozent und diese Reduktion ist es, welche die Arbeiter von Rumburg und Schönlinde veranlaßt, aus den Fabriken zu gehen und in den Streik zu treten. Es ist anzunehmen, daß sich die Zahl der Streikenden, die schon viertausend überschritten haben dürfte, noch erhöhen wird, da sich auch die Arbeiter anderer Orte dem Ausstand anschließen werden.

Liebe auflösen, als die Arbeiter des tschechoslowakischen „Nationalstaates“, der sie sozial und kulturell nur stiefmütterlich behandeln will.

**Die Verstaatlichung der Forste.** Die Art, wie das Zentralorgan der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, das „Pravo Lidu“ mit uns diskutiert, beginnt nach und nach jedes Ernstes zu entbehren. Im gestrigen Leitartikel Abendblattes wird die Stellung unserer Partei zur Verstaatlichung der Wälder in einer, wie wir schon sagen müssen, nicht-oberflächlichen und demagogischen Weise den tschechischen Arbeitern dargelegt. Wenn das „Pravo Lidu“ schon über unsere Stellungnahme zu den angeführten Problemen schreibt, dann sollten sich diejenigen, welche das Blatt schreiben, vor allem mit unseren Beschlüssen, die wir zur Frage der Verstaatlichung der Forste am tschechischen Parteitag gefaßt haben, bekannmachen. Auf diesem Parteitag forderten wir: „Schleunigste Enteignung des beschlagnahnten Großgrundbesitzes und der damit zusammenhängenden Industriebetriebe einschließlich des toten und lebenden Inventars und Ubergabe an öffentlich-rechtliche Körperschaften, Zweckverbände, die aus autonomen Selbstverwaltungskörpern unter Zuziehung der gewerkschaftlichen Organisationen, der Arbeiter und Angestellten, der Fachorganisation der Kleinbauern und Häusler und der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisationen zu bilden sind.“ Diesen Gedanken hat vor einigen Tagen auch unser Teplitzer Bruderblatt, die „Freiheit“, in einer Polemik mit dem Reichenberger „Vorwärts“ verfochten. Das „Pravo Lidu“ findet pöblich, daß die Vergesellschaftung in dieser Form „war schön klingt, aber keinen Sinn hat.“ Das ist die ganze Kritik, welche das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie an unserem Standpunkt übt. Eine Begründung schenkt sich der famose Artikel-Schreiber, „Entweder verstaatlichen“, schreibt er, „oder alles beim alten lassen.“ Für etwas anderes als die Verstaatlichung seien angeblich die Machtverhältnisse nicht gegeben. In gutes Deutsch übertragen heißt das, die großkapitalistischen und großagrarischen Koalitionsbrüder der tschechischen Sozialdemokratie wollen einfach nicht die Vergesellschaftung, wie sie die deutsche Sozialdemokratie anstrebt, und das Wort der Herren Raffin und Svehla ist für die tschechische Sozialdemokratie viel wichtiger und zwingender, als jedes sozialistische Prinzip. Die tschechische Bourgeoisie will mit der Verstaatlichung die tschechische Grenzländer aus strategischen Gründen verstaatlichen und die tschechische Sozialdemokratie tut bei dieser Tat des tschechischen Bürgerturns ebenso mit, wie bei allen übrigen. Sie kann sich darauf verlassen, daß die deutsche Sozialdemokratie bei diesen Anekdendiensten, die die tschechische Sozialdemokratie der tschechischen Bourgeoisie leistet, nicht mithelfen wird.

**Der neue Vorsitzende der „Pěta“.** Wie die „Ceskoslovenska Republika“ mitteilt, hat nach dem Rücktritt des U. Strábrny Eisenbahnminister Zramel den Vorsitz des Parlamentsausschusses der koalitierten Parteien übernommen.

**Tagung der internationalen Elbe-Kommission in Prag.** Am 1. Juli d. J. hat im Gregersaale des Gemeindehauses in Prag die Tagung der internationalen Elbe-Kommission begonnen. Anwesend sind alle Delegierten der beteiligten Staaten, und zwar: Englands, Belgiens, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Italiens und Deutschlands. Auf dem Programme stehen folgende Punkte: Bestimmung des Präzedenzen der Kommission für das zweite Semester dieses Jahres; Regelung der Vorschriften für die Schiffbesatzung; Vereinheitlichung privatrechtlicher Gesetzesvorschriften; Antrag auf Erziehung von Elbschiffahrtsgerichten, sowie Angelegenheiten die mit der Ratifizierung der Elbeakte verbunden sind, schon in den früheren Sitzungen verhandelt und im April d. J. in Straßburg von allen Mitgliedern der Elbe-Kommission unterzeichnet wurden. Schließlich werden auch Organisations- und Budgetfragen behandelt werden. Die Kommission wird ihre Arbeiten wahrscheinlich Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche beenden.

## Ausland.

### Die rumänische Presse über den Prager Kongress der Völkerverbundliga.

Auf dem Friedenskongress in Versailles hat bekanntlich Rumänien den Minoritätenschutzbestimmungen des Friedensvertrages die größten Schwierigkeiten bereitet. Kein Wunder also, daß die offizielle rumänische Presse den Ausgang des Prager Völkerverbundkongresses zum Anlaß nimmt, um zur Aufhebung gegen die unbedingten Minoritätenschutzbestimmungen aufzufordern. So schreibt „Bitorul“, daß die erniedrigende Konzeption der Minoritäten, wie sie sich in Versailles, trotz des Einspruches Bratiunas durchgesetzt habe, nunmehr abgetan sei. Polen, Rumänien, Südslawien und die Tschechoslowakei hätten solidarisch die Einmischungsversuche anderer Staaten in die inneren Angelegenheiten der betreffenden Länder abgelehnt. Die Ergebnisse von Genua und die Prager Geste zeigen der Welt, daß die kleine Entente und Polen heute eine selbstbewußte und imponierende Kraft sind, die niemandem gestattet, ihre häuslichen Angelegenheiten zu kontrollieren. Andere Blätter wie „Zbände“, „Independence Roumaine“ u. a. beschuldigen die Minoritäten, daß sie die Ruhe und Ordnung in den neuen Staaten bedrohen, da-

durch, daß sie einen „Staat im Staat“ bilden wollen, und die Rückkehr des normalen Lebens in Europa verhindern, anstatt sich loyal den Majoritäten zu unterwerfen. Hier möge auch der Völkerverbund eingreifen, denn in der Wärlarbeit der Minoritäten liegt das Hindernis der Versöhnung. — Die rumänischen Herrschaften halten also den Moment für gekommen, sich der unbedingten Minoritätenschutzbestimmung, deren Umgehung immerhin eine, wenn auch nicht allzugroße Mühe kostet, zu entledigen. Umso notwendiger ist es, daß der Völkerverbund und alle Friedensfreunde in Europa eifertig darüber wachen, daß die bisherigen Schutzbestimmungen erfüllt werden, und weiter dafür gesorgt werde, daß sie entsprechend erweitert werden, damit nicht die halbasiatische Gewaltthätigkeit der europäischen Völkerverbund sich bis in das Herz Europas fortpflanze und dort die kulturelle Entwicklung der Völker bedrohe.

### Unsere polnische Bruderpartei in Ostschlesien.

Ein großer Prozentjah der ostschlesischen Proletariats ist polnischer Nationalität. Die überwiegende Mehrheit der polnischen Arbeiter ist in der „polnischen sozialistischen Arbeiterpartei (P. S. P. R.)“ organisiert. Nach einer Epoche der Irrungen und Wirrungen, des Bedenkens und Schwankens unternimmt nun diese Partei einen entscheidenden Schritt: sie bewirkt sich um die Aufnahme in die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, ein Ansuchen, dessen günstige Erledigung wohl auf kein Hindernis stoßen wird.

Vor dem Kriege schon hatte sich das ostschlesisch-polnische Proletariat in mannigfachen Kämpfen bewährt. Geführt von Dozypski, Dr. Kunicki, Reger und dem tschechischen Genossen Eingr hatte es Schlacht auf Schlacht geschlagen und Ostschlesien zu einem „roten Revier“ gemacht. Die großen Erfolge konnten errungen werden, weil anfänglich das gesamte ostschlesische Proletariat ohne Unterschied der Nation Schulter an Schulter stand. Eine leichte Entzweiung trat erst nach der Separatistenbewegung auf; aber auch sie konnte die Schlagkraft der ostschlesischen Arbeiterschaft nicht lähmen, da Genosse Eingr bei der sozialistischen Zentralpartei Oesterreichs verblieb und die politische und gewerkschaftliche Einheit des ostschlesischen Proletariats aufrecht erhielt.

Der Umsturz im Jahre 1918 brachte für Ostschlesien die nationale Revolution. Tschechen und Polen entsandten ihre Vertreter in die vorbereiteten Nationalausschüsse, in die auch haben und drüben die Sozialdemokraten eintraten. Schien es anfänglich, daß der Eintritt der Arbeiterführer in den tschechischen „Karodni Ryhor“ und die polnische „Rada Narodowa“ das Aufkommen des nationalen Chauvinismus ersticken werde — war doch die friedliche Festsetzung der Teilungslinie in Ostschlesien ein Wert insbesondere der tschechischen und polnischen Sozialdemokraten — so wurde diese Hoffnung bald enttäuscht: der pöbliche Einsall tschechischer Truppen in polnisches Gebiet, die erbitterten Kämpfe im Gefolge dieses Einbruchs erzeugten eine Atmospäre des Hasses zwischen den beiden Nationen und wirbelten die nationalen Leidenschaften in einem solchen Maße empor, daß die tschechischen und polnischen Genossen ihnen nicht nur keinen Widerstand entgegenzusetzen konnten, sondern zum Teile auch von ihnen ergriffen wurden. Die Gefahren, die in jeder Koalition zwischen sozialdemokratischen Vertretern mit bürgerlichen Parteien liegen, machten sich in dieser Zeit überaus deutlich fühlbar und sie steigerten sich noch, als Ostschlesien als Plebiszitgebiet erklärt wurde und von beiden Seiten Vorbereitungen zu der Volksabstimmung begannen. Damals waren auf der einen Seite die tschechischen, auf der anderen Seite die polnischen Genossen die Instrumente, die von den beiden Nationalausschüssen gegeneinander ausgespielt wurden. Proletarische Solidarität, die Ideale des Sozialismus waren zur Sage geworden, blinder Chauvinismus, von Pöffen und Lehrern zur Siebeshöhe getrieben, überdönte jede Stimme der Vernunft.

Die Entscheidung über das Schicksal Ostschlesiens vom 28. Juli 1920 wirkte wie ein kalter Wasserstrahl, auf das gesamte Proletariat des Landes. Nun wurde es allen klar, daß die Selbstzerfleischung, die wütenden Kämpfe und Verfolgungen weder Sinn noch Zweck hatten: die Entente hatte das Land geteilt, ohne die Meinung der Bevölkerung befragt zu haben; Die Tschechen, die Ostschlesien bis zur Biaska erwerben wollten, sahen sich in ihren Erwartungen getäuscht und die Polen, die damit gerechnet hatten, das ganze Kohlenrevier zu erhalten, blieben mit mehr als 150.000 Menschen in der Tschechoslowakei. In ihrer Ernüchterung gingen die polnischen Arbeiter sofort daran, die Wunden zu heilen, welche die abenteuerliche Plebiszitzeit ihren politischen Organisationen geschlagen hatte. Es galt, nicht nur Aufklärungsarbeit zu leisten; die Lokalverbände mit neuem Leben zu erfüllen; — eine Arbeit, die umso schwieriger war, da die führenden Genossen nach Polen ausgewandert waren und im tschechischen Teil Ostschlesiens nur einige wenige organisatorische Kräfte verblieben, — es galt auch, sich mit der polnischen Arbeiterschaft im Odraer Revier zu verbinden, die, dem Plebiszitgetriebe entrückt, die nationalistische Politik der Reger und Dr. Kunicki nicht mitzumachen brauchte und, um den Gegensatz zu der polnischen sozialistischen Partei (P. S. P.) zu betonen, den Namen „polnische sozialistische Partei“ (P. S. P.) angenommen hatte. Nach vielen Verhandlungen gelang es am 20. Februar 1921 die Einigung herbeizuführen und für die

nen beschloßen haben. Halb Dichterraum, halb Programmrede: mitreißend wirkt jedes seiner Worte. Er ruft auf, sich zu einem großen Arbeitsbund, der schon überall in England wächst, zusammenzuschließen. „Die Erde wird euch wieder Schatz der Kraft sein! Und der Tyrann Maschine, besetzt vom Geiste schaffender Menschen . . . wird euer Werkzeug, wird euer Diener!“ Stauend hört man ihm zu, bewundert ihn, wählt ihn zum Führer, zum Kerger John Wible, den er als solchen verdrängt. Der Geschäftsführer Dewey erkennt das mit sicherem Instinkt; er fürchtet, durch den Bruder Jimmy kompromittiert zu werden, dingt den Wible als Lockspiegel zur Zerstörung der Maschine. Bei der Gelegenheit soll denn auch Jimmy gezwungen werden, schleunigst zu fliehen. Dem Fabrikanten Ure erzählt Wible von dem „fremdlandischen Agitator“, den keiner kennt: „Er hat die Arbeiter ausgewiegelt, sie sollen die Maschinen zerstören . . . Waffen hat er ihnen versprochen . . . Es müsse Blut fließen . . .“ Er erreicht, was er will, den offiziellen Auftrag zur Provolation — und einen Scheid. Er arbeitet geschickt weiter. Vertritt er inzwischen zunächst Jimmy auf den nächsten Tag und gewinnt inzwischen die Arbeiter auf seine Seite. Jimmy wäre gekauft, sagt er ihnen. Immer trauer zeichnen inzwischen eingestrente Schattenbilder die Situationen in den Familien und auf der Straße. Der Geschäftsführer gibt bekannt: „Die meisten Männer müssen wir entlassen, aber alle eure Kinder werden eingestellt. Auch die drei- und vierjährigen. Und junge, dünne Weiber. Seid vernünftig,

Frauen! Die Delikatessen des Gewerbes erfordert besondere Fingerzartheit.“ — Jimmy tritt Ure, dem Fabrikanten, gegenüber, und selbst dieser brutale Ausbeuter wird einen Augenblick beflügelt durch das mutige und edle Menschentum, das jener verkörpert.

„Berühren Sie nicht freventlich Sinnes Menschenleben, Sie, gleich wie Sie, in diese Welt gewängt. Den Weg des namenlosen Schicksals schreiten Und vollenden müssen. Sie löten Gott. Wenn Sie das Leben Ihrer Brüder töten.“

Er spricht von Liebe und Bruderschaft, von „der Gnade: Du, dem göttlichen: Einander“, beweist Ure, daß er in Wirklichkeit nicht frei sei, sondern ein Knecht des Mammons . . . Der ist ganz benommen von diesem „Man“ — und nur schwer findet er in seine eigene Welt zurück. Den Weibern rät Jimmy, der über die Fortschritte der proletarischen Bewegung orientiert ist, die un-menschlichen Bedingungen der Fabrikherren einzugehen. Weder Ure ist auf seiner Seite, John Wible hegt die Weiber auf und zieht mit einer Lüge auch Ure zu sich. — Sie bereiten den Maschinensturm vor.

Der letzte Akt: Nacht, Kinder bei der Streikbrecherarbeit unter einem brutalen Aufseher. Ure fährt einem Gast in hohen Pflaßen den Betrieb vor. „Wie alle diese lieben kleinen Kinder Freude zeigen, vor meinem Gast ihre Künste aufzuführen. Ein ästhetischer Genuß, nicht wahr?“ — Die Menge stürmt herein, ist „überwältigt vom Wunder der Maschine“, die der Ingenieur vorführt. Aber John Wible zer-

störte alle Bedenken, verwirft vor allem Ures Wort: „Vergeht nicht Jimmy“, und bringt auch Ure selbst auf seine Seite, als er ihn als Verräter, als Bruder des Geschäftsführers, hinstellt. Nun schlägt man auf die Maschine ein. Einer trifft den Einschalthebel, einer wird vom Schwungrad zerrissen: man hat es mit einem Dämon zu tun! Eine heillose Verdorrung greift um sich, einer wird wahnsinnig; man dringt auf einander ein. Jimmy stürzt herein, Ure selbst schlägt ihn zu Boden. Er stirbt als Märtyrer. Die Tragödie des Führers. — Als er tot ist, gehen den andern die Augen auf. . . . Weder Ure steht wie vor Unbegreiflichem: „Was mögen wir getan haben?“ . . . Der Bettler, dieser weise Narr, der schon vorher seltsam weise Worte sprach, kommt jetzt und steht den Toten: „Ihr habt einen erschlagen, der Mutter und Bruder verließ . . . Eure Willen! . . . Der Frinde verschmähte . . . Eure Willen! Doch wen erschlagt ihr nicht . . . Ihr Menschenvoll!“ . . . Wible ist entwichen, die Polizei ist da . . . Die letzten Worte spricht der irre alte Kasper, wie alles, was er sagt, in biblischer Sprache:

„Und ich will den Vater bitten . . . Und er soll euch einen andern Tröster geben, den Geist der Wahrheit . . . Welchen die Welt nicht kann empfangen, denn sie sieht ihn nicht . . . und sie kennt ihn nicht . . . Ach du armer, lieber Gott . . . Man muß für ein Begräbnis sorgen . . .“

W. V. T.



beiden einander bekämpfenden politischen Gruppen eine gemeinsame Organisation zu schaffen.

Doch die neue vereinigte Partei — sie nannte sich „polnische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (P.S.P.) — sah sich, kaum geschaffen, von neuen Gefahren umlagert. Die Dronow-Führer gerieten alsbald in den Bann der kommunistischen Bewegung und versuchten, teils von Ehrgeiz getrieben, teils um der radikalisierten Stimmung der Arbeiterschaft zu entsprechen, die gesamte P.S.P. in den kommunistischen Hafen zu bringen. Eine Zeitlang schien es tatsächlich, als ob die polnische Arbeiterschaft bereit wäre, den Weg von einem Extrem zum andern zu gehen und sich von den Schlagworten der Konjunkturpolitiker blenden zu lassen, aber allmählich siegte der gesunde Sinn in den Reihen des polnischen Proletariats. Als die kommunistischen Machter nach dem Pfingstparteitage der tschechischen Linken die Zeit für gekommen erachteten, um einen entscheidenden Schlag zu führen, als sie sich abschieden, mit kommunistischen Methoden die polnischen Organisationen zu reinigen, um sie der erlösenden dritten Internationale einzuweihen, da ward ihnen eine große Niederlage zuteil. Die alten Kämpfer der Partei blieben der Sozialdemokratie treu, die überwiegende Mehrzahl der Lokalorganisationen lehnte den Anschluss an die Kommunisten ab, Vorstand und Presse verblieben bei der bewährten Organisation und die Dronow konnten als Erfolg nur die Tatsache buchen, daß sie dem polnischen Proletariat eine Spaltung aufgezwungen haben, bei der sie selbst in der Minderheit verblieben.

Seit her ist ein Jahr vergangen. Unsere polnische Bruderpartei, die während dieser ganzen Zeit mit den deutschen Genossen in Ostschlesien in enger Fühlung stand, mit ihnen so manche gemeinsame Aktion durchführte und in allen wichtigen Angelegenheiten das Einvernehmen mit dem deutschen Proletariat pflegte, sie hat diese Zeit wohl ausgenützt. Überall wird, trotz mannigfachen Hindernissen, trotz der Schwierigkeiten, die der polnischen Arbeiterschaft durch die Segner und insbesondere durch die tschechischen Behörden bereitet werden, eifrige Arbeit geleistet. Überall werden Vertrauensmänner gesucht und immer größere Scharen werden in den Bannkreis der sozialdemokratischen Idee gezogen. Eine solche Arbeit konnte nicht ohne Erfolg bleiben!

Bestanden vor der Spaltung im ostschlesischen Gebiete 41 polnische Lokalorganisationen, und nach der Spaltung 36, so beträgt heute ihre Zahl 43. Es wurden also in diesem Jahre nicht weniger als 7 Verbände wiederbegründet, bzw. neu gegründet; weitere Neugründungen stehen bevor. Diese Lokalorganisationen werden von 5 Bezirksstellen geleitet, die Hauptzentren sind Trypnieh und Freistadt. Die Partei besitzt ein Tagblatt, den „Robotnik saski“, und ein Wochenblatt, den „Tygodnik“. Die Tatsache, daß diese Blätter auch nach der Spaltung sich erhielten und auch nun während der schweren Krise, die über Ostschlesien hereingebrochen ist, weiter erscheinen, zeugt sowohl von dem festen Gefüge der Partei als auch der Opferwilligkeit der polnischen Genossen, die geradezu bewundernswürdig ist. Demgegenüber haben die polnischen Kommunisten außer einigen Splittierorganisationen im Kohlenrevier nur einige wenige Punkte im Dronow-Gebiete und geben ein Wochenblatt heraus, den „Mos robotniczy“, dessen Erscheinen nur dadurch ermöglicht ist, daß es von dem „Dziennik Demit“ finanziert wird. Das Kräfteverhältnis der beiden polnischen Parteien wird durch die letzte Tagung der polnischen Jugendorganisation „Sila“, die einberufen geblieben ist, beleuchtet. Von den 56 Delegierten, die aus 39 Ortsgruppen erschienen waren, waren 8 Kommunisten; sie vertraten 4 kommunistische Ortsverbände. Die Zeitschrift der Jugendlichen „Dziennik“ erscheint monatlich einmal in 3000 Exemplaren; redigiert wird sie von den Redakteuren des „Robotnik saski“.

Am 9. Juli hält unsere polnische Bruderorganisation ihren Parteitag ab. Auf der Tagesordnung steht der Anschluss an die Internationale Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien. Dieser Beschluss wird eine Zeit des Suchens und Tastens abschließen und eine neue Epoche in der Geschichte der polnischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Ostschlesien eröffnen. Ein starker Trupp von Proletariern steht zu uns, kräftigt unsere Reihen, kräftigt sich selbst; und kräftigt die Sache des Sozialismus in diesem Staate.

### Telegramme.

#### Die internationalen Gewerkschaften gegen die monarchistische Reaktion.

Paris, 4. Juli. (Havas.) In der Sitzung des Nationalausschusses der Confederation Generale du Travail erklärte Jouhaux, daß die deutschen Gewerkschaftsorganisationen gegen die monarchistischen Umtriebe um Unterstützung der Gewerkschaftsinternationalen eruchen, die in den nächsten Tagen in Berlin zusammentritt. Er erklärte weiter, daß die Gewerkschaftsinternationalen alle pazifistischen Vereinigungen zum Weltfriedenskongress für den Dezember einberufen.

#### Merlose Mordhege.

Paris, 4. Juli. (Havas.) Die Zeitungen fordern, daß die deutsche Regierung, unter deren Schutz alle Mitglieder der militärischen internationalen Kontrollkommission, alle Mitglieder der Reparationskommission und des Garantieauschusses stehen, unverzüglich gegen den Urheber des mit Fritz Libin unterzeichneten Artikels einschreite, der von der Staatsbürgerzeitung veröffentlicht und in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, die Offiziere und Mitglieder der Kommissionen in Deutschland zu ermorden.

#### Ausbreitungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Berlin, 4. Juli (Eigenbericht). In Senftenberg, das zum mitteldeutschen Braunkohlenrevier gehört, ist es am Sonnabend zu Ausbreitungen gekommen, die von den bürgerlichen Blättern den Arbeitern ganz allgemein zur Last gelegt worden sind. Es steht jetzt fest, daß die Minderungen von Löhnen, die sich dabei ereignet haben, von drei tätigen polnischen Arbeitern veranlaßt wurden. Das Nachrichtenblatt der Berliner Arbeiterschaft, das während des Streiks der Buchdrucker erscheint, schreibt darüber: „Ausbreitungen und Minderungen werden die Sache der Arbeiterschaft nur auf das schwerste diskreditieren. Die organisierten Arbeiter haben mit diesen Dingen nichts zu tun. Sie haben auch im Braunkohlenrevier ihren Abscheu bekundet, indem sie sich selbst gegen das Treiben undisziplinierter Elemente zur Wehr gesetzt haben. An den Vorkommnissen sind die Werkbesitzer selbst nicht schuldlos, welche freigezwungen organisierte Arbeiter nach Möglichkeit aus ihren Betrieben ausschließen und aus weniger kultivierten Gegenden Arbeiterkräfte als Lohndrücker heranziehen. Gerade diese ausländischen gelben Elemente sind es, die Ausbreitungen hervorgerufen, weil ihnen die politischen Ziele der Arbeiterschaft fremd sind, und ihnen die Gewerkschaftsdisziplin abgeht.“

### Ein erweiternder Antrag Preuhens zum Disziplinargebiet.

Berlin, 4. Juli (Eigenbericht). Preußen wird durch den Reichstag einen Antrag zum Disziplinargebiet einbringen, wonach der Kreis derjenigen Beamten, die gegen ihren Willen zur Disposition gestellt werden können, erweitert werden soll. Durch diese Maßnahme soll es ermöglicht werden, besonders gegen die monarchistischen Beamten vorzugehen.

#### Prozesse gegen links und rechts.

Wien, 4. Juli (Eigenbericht). Gestern und heute standen die führenden Kommunisten vor dem Wiener Schwurgericht unter der Anklage des Verbrechens der „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“, der „Aufregung“ und der Verbreitung einer konfiszieren Flugchrift, worin sie die Minderungen am 1. April gelobt haben sollen. Die Geschworenen sprachen heute alle Angeklagten frei. Nur der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“, Mornil, wurde wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Ob Sorge zu 10.000 K Geldstrafe verurteilt. Morgen beginnt vor den Geschworenen ein Prozeß gegen den Herausgeber der monarchistischen „Staatswehr“, den Obersten Wolff, ebenfalls ein politischer Prozeß, der wahrscheinlich ebenso enden wird.

#### Neue Banknoten in Oesterreich.

Wien, 4. Juli. (R. B.) Die österr.-ung. Bank beginnt, ungeachtet der Vorbereitungen zur Gründung einer neuen Notenbank, am 5. Juli mit der Emission neuer, in kleinerem Maßstabe gehaltenen 100 Kronen-Noten, der im Laufe der nächsten Zeit die Neuausgabe anderer Noten folgen soll. So steht in kürzester Zeit die Ausgabe neuer 1000 Kronen-Noten bevor, die sich in Ausstattung und Format von den Zehntausendkronennoten wesentlich unterscheiden werden.

#### Krise im Haag?

London, 3. Juli (Reuter). Die Lage der Haager Konferenz wird innerhalb einer Woche geklärt sein. Litwinow soll sich geäußert haben, er gedenke nicht länger im Haag zu bleiben, wenn er nicht innerhalb einer Woche erfahre, welchen Kredit die Mächte Rußland gewähren wollen.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Joachimsthal oder: bürokratische Wirtschaft.

Unter dieser Überschrift erhebt der Advokat Dr. Vaclav Boudel in der „Tribuna“ eine stammende Anklage gegen die Wirtschaft im Gesundheitsministerium, welche gelegentlich des Brandes des Radiumkurhauses in Joachimsthal, eines der schönsten Hotels der Welt, zutage trat. Dr. Boudel, welcher in Joachimsthal weilte, gibt aus eigener Anschauung folgende Schilderung der Schandwirtschaft: „Das Gesundheitsministerium kaufte das Hotel von dem Engländer Dury um den Preis von 14.800.000 Kronen, mit welchem etwa die Einrichtung bezahlt wurde, wobei das Riesengebäude dem Staat als Draufgabe zufiel. Das erste, was die Staatsverwaltung nach der Übernahme des Hotels veranlagte, war, daß alle Angestellten vom Direktor bis zum Nachtwächter sofort entlassen wurden. Die Verwaltung des Hotels wurde einem Menschen, einem gelehrten

Schlosser anvertraut, welcher die Schlüssel erhielt, und weit entfernt vom Hotel wohnte. Das Hotel mit 500 Räumen erhielt einen unerfahrenen neuen Wächter, welcher sichtlich nicht einmal informiert wurde, so daß die wertvolle Einrichtung — herrliche Teppiche Silber, Porzellan, eine Menge vielfach noch nicht gebrauchter Wäsche, — eigentlich unbewacht war, denn der mit den Räumlichkeiten nicht vertraute Wächter, konnte mit dem besten Willen nicht übersehen, was in dem Riesenkomplex geschah. Beim Brande herrschte ein ungeheurer Wirrwarr. Der Wächter lief um Hilfe, als um elf Uhr nachts der Rauch das ganze Haus erfüllte und beim Dach herausdrang. Es kamen Leute, welche helfen wollten, doch war es in den Räumen stockfinstern und der Wächter wußte nicht wie er die Gänge beleuchten sollte, er wußte auch nicht wie die Hydranten zu öffnen sind, und diese waren — o Weisheit! — von unten abgeperrt. Das Hotel ist mit den allermodernsten Feuerlöscheinrichtungen versehen, und das fröhliche Personal war immer leicht imstande, durch Kurzschluß entstandene Brände im Keime zu ersticken. Die Bewachung besorgten früher vier Wächter, wodurch die Gefahren wesentlich geringer waren. Trotzdem wäre der entstandene Millionschaden verhütet worden, wenn die eisernen Bodentüren, welche die Bodenträume der einzelnen Flügel abschlossen, vorschriftsmäßig geschlossen gewesen wären. Zum Glück kamen auf den Brandplatz der entlassene Direktor und der ebenfalls entlassene Elektrotechniker, welche Licht machten und die Hydranten öffnen konnten, nachdem sie einige Türen durchbrochen hatten, zu welchen die Schlüssel der neuen, wie bereits gesagt weit entfernt wohnende Verwalter bei sich hatte. Es ist somit nicht ein Verdienst des Staates, daß das Hotel mit seinem Werte von sicher 40 Millionen Kronen und die nur durch eine Strafe von ihm getrennte Radiumerzeugungsanstalt, in welcher allein um drei Millionen Kronen Radium vorhanden war, ziemlich erhalten wurde. So brannte nur das Dach des Mitteltraktes mit einer Reihe von Bodenzimmern ab, doch wurden die wertvollen Akkumulatoren vernichtet, so daß der Schaden doch ein bis zwei Millionen Kronen beträgt. An die Eröffnung des Hotels am 1. Juli, konnte natürlich nicht gedacht werden und das sei, so sagt Dr. Boudel, ein Glück, weil man sich dadurch eine große Schande vor der ganzen Welt ersparte. Am 28. Juni sei im Hotel noch alles in vollster Unordnung gewesen, nichts war angerührt. Obwohl das Ministerium rechtzeitig aufmerksam gemacht worden war, daß mindestens durch vierzehn Tage 30 Frauen zum Reinemachen benötigt worden wären, war gar nichts vorgekehrt, die Herren glaubten wohl, es werde genügen, wenn sie am 30. Juni einen — Erlaß nach Joachimsthal senden, womit angeordnet wird, daß am 1. Juli alles in Ordnung zu sein und der Betrieb eröffnet zu werden hat.

Dr. Boudel erhebt dann folgende offene Anschuldigung gegen das Gesundheitsministerium:

1. Am 29. Mai, also sechs Tage nach der Verkaufsunterzeichnung, mußte ich das Ministerium aufmerksam machen, daß es notwendig ist das Inventar zu übernehmen, weil mit dem Tage der Unterzeichnung die Garantie des früheren Eigentümers hierfür in dem unbewohnten Gebäude erlischt.

2. Das Ministerium beachtete nicht einmal den Rat seines eigenen Sachverständigen, eines hervorragenden Hotelfachmannes, welcher schon bei der Kommission aufmerksam machte, daß es notwendig ist, das bisherige Personal zu übernehmen, weil für ein erstklassiges Hotel mit mehr als 400 Wohnzimmern, nicht das Personal von der Straße aufgenommen werden kann.

### Der Einjam.

(3)

Erzählung von Ludwig Angenruber.

„Es eh' gut, daß er fortkommt,“ schrie der Schneider hintennach, „war sein' Zeit niz mit ihm und jetzt schon gar, ein Junger muß an sein' Stiel“, den sich der Herr Pfarrer zieh'n kann, wie er'n braucht.“

„So,“ sagte einer am Burschentisch und erhob sich und machte einen langen Hals. „Was beugt denn der Kaplan 'm Steig aus? Mein' Seel, er nimmt d'Straßen, rundum und um, um die ganze Anhöb!“

„Siehst denn nit,“ sagte ein anderer, „daß vom selben Steig h'runter der Pfarrer und der Bürgermeister daherkommen?“

„Na, daher werd'n s' doch nit kommen?“ war die mehrstimmige Frage.

„s' macht aber leimer ein Trittl nach rechts oder nach links, sie halten sich grad zu.“

„Wirtschaul! Zahl'n!“ larmten die Burschen, warfen das Geld auf den Tisch und flüchteten fast unter den Augen des Gefürchteten.

Der Pfarrer war eine statliche Erscheinung, von hoher, kräftig gebauter Gestalt, die Härte seiner Züge wurde durch die Bösle und die Frische seines Gesichtes gemildert; bleich und weß hätte dieses Antlitz mit den dunklen, feurigen Augen, der scharfgebogenen Nase, dem starken Kinn und den weitabstehenden Wadennochen wohl Scheu erweckt, während es jetzt nur den Eindrud überlegener Willensstärke machte. Aber nur in dem Sinne, wie es der Kaplan gemeint hatte, der eben über zwanzig Jahre älter war, konnte der Pfarrer für jung gelten, denn er zählte wohl fünfundsiebzig.

Gar klüglich nahm sich neben ihm der Bürgermeister des Ortes aus, trotz er über Mittelgröße maß, was er doch bei seinem gedrungenen Körperbau, dem Klopigen und Ungefügen jeder einzelnen seiner Gliedmaßen eher für klein und

zurückgeblieben anzusehen. Seine Augen hatten sich durch eine längere Übung gewöhnt, über den Wülsten der untern Lider eine eigene Abgrenzung anzunehmen, welche, seiner Meinung nach, dem Ausdruck besonderer Pffiffigkeit entsprechen sollte; hätten nun auch nicht die Hängebälgen und der breite Mund mit der vordringenden Unterlippe dem entgegenarbeitet, die Nase allein würde alles verdorben haben, die fürchterliche Nase, derb und so knollig, daß sie im ganzen Orte vertraulichweise nur das „Hest“ genannt wurde, und die so rücksichtslos aus dem Gesichte hervorsprang, als wollte sie aller Welt bedeuten, wie leicht der ganze Mann an ihr zu führen sei. Der Bürgermeister verdankte seine Ehrenstelle lediglich nur dem Umstande, daß er der „Schwertle“, das heißt der Reichste im Orte war.

Als die beiden in den Wirtschausegarten traten, schob der letzte, der unbedenkliche der Burschen, an ihnen vorüber, ärgerlich lachend den Kameraden „Halt's aus! Halt's aus!“ nachrufend.

Alle erhoben sich. Der Wirt behielt für eine Weile die Kappe in der Hand, die Kellnerin knifste und glättete ihre Schürze, selbst die alte Martha stand auf ihren Stod gestützt, sie mochte eben dem „reschen Reuen“ keinen Anlaß zum Uebelnehmen geben.

Der Pfarrer dankte mit einem kurzen Kopfnicken, einen scharfen Blick sandte er den Entloshenen nach, dann wandte er sich an den Bürgermeister: „Also das sind Eure Bursche? Von der Unmanierlichkeit will ich absehen, aber diese Eile, ihrem Seelforger aus dem Gesichte zu kommen, deutet auf schlechte Gewissen und üble Aufführung. Sind alle so?“

Der Bürgermeister versuchte es, eine sorgenvolle Miene anzunehmen. „Es sein wenig anders,“ sagte er. „Wär' eh' nit die Halsheid von so in der Kirchen z' sehen g'wesen, hätt' s' nit die Reugier h'inein'trieben, weil halt heut Euer Hochwürden erste Predigt war.“

„Auch das Kommen und Gehen der Leute

hierorts gefällt mir nicht. Da tritt der eine verspätet ein, und der andere verliert sich mitten unter der heiligen Handlung. Ich sehe das sehr ungerne und werde es abstellen.“

„Schon recht, schon recht,“ pflichtete der Bürgermeister bei. „Das ist alles so eing'ritten unterm Frühern, der hat derlei gar nit berecht; im Gegenteil, sein Wort war, wer nit freiwillig kām, der bleibet g'scheiter weg.“

Der Pfarrer runzelte die Stirn.

„Ja, und alles ist überhapt“ genommen worden,“ fuhr der Bürgermeister fort. „Nehlfesen überhapt, Weidhören überhapt, Predigen und Buhgäng, alles halt überhapt. Na, und der alte Kaplan, der hat dabei gar nit zählt, der war nur froh, wann er mit sein' Flieg'nach hat recht fleißig herumfliegen können. Is a seltsamer Herr, mit all'm G'würm und Biehwerk, was sechs Fäß und Flügel hat, is er auf mein'weit bekennit, ordentliche Freiheit! — Gott vergeiß mer die Sünd' — hot er daheim fürs Unzieser eing'richt, da sein' s' der Reih' nach auf Nadeln aufgespießt und wie große Herren haben s' a lateinische Grabchrift drunten stehn.“

„Ich weiß,“ sagte der Pfarrer, „er ist ein leidenschaftlicher Entomolog.“

„Ja, ja, so einer is er, wie Euer Hochwürden sagen, ein leidenschaftlicher Entenmolog. Gar sein' Zeit hat er übrig b'halten, daß er sich um was Rechts hätt' annehmen können. Er wohl, durch die zwei sind wir dahin kommen, wo wir jetzt stehn; Hochwürden werden schidere Müß' hab'n, dö's all's wieder aufgleich z' bringen.“

„Die scheue ich nicht und mit Gottes Hilfe will ich's bald dahin gebracht haben, daß ihm hier am Ort und unter meiner Seelforge eine der eifrigsten und frömmsten Gemeinden im Lande dienen soll.“

„Et wohl, da ist mir nicht bang, wir werden's schon machen.“

„Wir?“ fragte der Pfarrer und sah den Bierstößigen mit großen Augen an.

„Dessen Nase zeigte sich mit einmal kupferig wie die eines Weinbauers; das war seine Art zu erröten. „Bewahre,“ stotterte er, „nit im Traum, daß ich dran den!, mich mit Hochwürden auf ein Stäffl zu stell'n, dö's wär' doch aus der Welt; ich wollt' nur sagen, wir werd'n schon tun, was Hochwürden anschaffen, wir werden schon sorgen, daß in allem gehorsamt wird, wir, was mer die Ersten von der G'meind' sein.“

„Das erwarde ich auch,“ sagte, sich hoch aufrichtend und im Kreise um sich blidend, der Pfarrer, „denn ich verlange, daß jedem einzelnen, wie der Gemeinde die Religion über alles geht, ohne die ja doch das ganze Leben nur ein wüster Durcheinander wär', in dem sich keiner auskennen möcht; sie allein gibt uns durch ihre Offenbarung ein klares Bild von Jwed der Schöpfung und Bestimmung des Menschen und zwar von Erschaffung der Welt an bis zum jüngsten Tag, und nun weiß sich ein jeder aus, wozu eigentlich er und alles andre auf Erden ist. Und wenn wir die Obrigkeit fragen, warum wir ihr gehorchen sollen, muß sie sich auch auf die Religion berufen, die uns lehrt, daß die Oberrn von Gott eingesezt sind? Darum gehört auch geistlich' Regiment über das weltliche, und die Mächtigen sollen sich wohl hüten, ruhig zuzusehen, wie man täglich mehr und mehr Gott und die Vorsehung hinwegzuleugnen versucht, wär' man erst mit dem Herrn im Himmel und den göttlichen Einrichtungen fertig, dann würde man hinterher mit den Herren auf Erden und den irdischen Ehrlichkeiten wenig Umstände machen.“

Unter den Anhängern des „Neuen“ erhob sich ein beifälliges Gemurmel. „Wohl, wohl, is eh' a so!“ — „Dö's leucht' ein, dagegen fommt keiner auf!“ — „Der verbleiß's halt, der hochwürdige Herr, der verbleiß's halt!“

(Fortsetzung folgt.)

\*) Uebelchaps = überall, Scheußlichkeit.



3. Das Ministerium verschuldete durch ungenügende Beaufsichtigung dem Staate einen Milliardenschaden, und die Gefahr eines solchen in der Höhe von wenigstens 40 Millionen.

4. Das Ministerium bekundete die vollkommene Unfähigkeit zur Führung eines solchen Unternehmens, dadurch, daß es drei Tage vor der Eröffnung noch keinen geeigneten Leiter bestimmt hatte.

5. Das Ministerium kompromittierte unsere Staatsverwaltung in den Augen der deutschen Bevölkerung, welche mit Recht vorwirft, daß die bisherigen Angeordneten mit dem ausgezeichneten Direktor, welche alle Weltspalten beherrschten, entlassen wurden, weil sie Deutsche waren, obgleich nicht für Ersatz gesorgt war, wodurch der Staat geschädigt wurde.

Das Ministerium ist verpflichtet, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wer die Schuldigen sind, und wie mit ihnen verfahren wurde.

Der „Rehrbelliner“ Reitermarsch am Altstädter Ring in Prag. Bei den großen Kaiserparaden des wilhelmsiischen Deutschlands auf dem Tempelhofer Felde bei Berlin bildete immer die Hauptattraktion des Tages der Parade der preussischen Gardebataillon. Wenn diese Reiter vor „Seiner Majestät, dem Obersten Kriegsherrn“ vorbeizogen, dann schmetterte die Reiterkapelle den „Rehrbelliner Reitermarsch“ zur höheren Ehre des anwesenden Herrschers in die Morgenluft. — Am Sonntag war in Prag am Altstädter Ring auch Truppenparade. Wenn sich die Teilnehmer dabei vielleicht etwas demokratischer benahmten als feinerzeit die k. u. k. Generale usw. bei den üblichen Defilierungen — sprach doch der Herr Landesverteidigungsminister in Zivil, was jedenfalls schon als Demokratie ausgelegt wird — so unterschied sich diese Truppenparade in gar nichts von den großen Kaiserparaden, übertraf sogar die österreichischen um ein Bedeutendes: Gabs im alten Oesterreich seit den Siebziger Jahren aus Erparungsgründen keine Reiterkapellen mehr, so mußte dafür das tschechoslowakische Militär mit einer aus 30 Mann bestehenden Reiterkapelle aufwarten. Aber dann, als der Vorbereitungsprozess erfolgte, geschah etwas, dessen sich die alten Häuser am Altstädter Ring auch aus den finsternsten Zeiten des „germanophilen“ Regimes kaum erinnern können. Die Reiterkapelle, die in Legionärsuniform auf weißen Rossen einhertrabte, spielte nämlich den — Rehrbelliner Reitermarsch! An einem Gedenktage eines tschechoslowakischen Sieges im Weltkrieg spielen Legionäre — den Parade marsch wilhelmsiischer Gardebataillon! Was wäre im alten Oesterreich geschehen, wenn sich ein Militärkommandant in Prag herausgenommen hätte, diesen Marsch spielen zu lassen? Er wäre sofort beurlaubt worden, das ganze tschechische Land hätte von Provokation und Unterdrückung geschrien und im Wiener Parlament wäre es zu Sturmruufen gekommen. Und in Prag? In ihrer grenzenlosen Begeisterung merkten höchstwahrscheinlich die meisten Zuschauer der Parade nicht, daß ihnen „großdeutsche“ Weisen vorgespielt wurden; merken sie es dennoch, so fanden sie vielleicht diese Entschuldigung: Was sich das Deutschland Wilhelms leisten konnte, können wir uns ja auch leisten. Denn unser Militarismus steht dem preussischen Vorkriegsmilitarismus durchaus nicht nach. Und damit hätten sie auch vollkommen recht!

Skandalöse Wirtschaft im Prager Rathaus. Dem „Rude Pravo“ entnehmen wir die folgende, für die Prager Wirtschaft der Gemeinde Prag recht beachtende Nachricht. Das Grundstück, auf dem früher das Gasthaus „Na Bhtoni“ stand, kaufte am 30. August 1919, Baumeister Ant. Kubr von der Gemeinde Prag um 150.000 Kronen. Nach drei Monaten — am 5. Jänner 1920, — bot dieser es der Gemeinde zum Rückkauf um den Preis von 1.270.000 Kronen an, und dieselben Herren, welche kurz vorher den Verkauf des Grundstückes an Baumeister Kubr befürworteten, beantragten nun, dasselbe wieder zurückzukaufen. Damit aber ja nicht etwa das Steueramt den Baumeister Kubr um seine, in drei Monaten „ehelich“ verdiente“ Million bringe, verpflichtete sich die Gemeinde Prag auch noch zur Bezahlung der Wertzuwachssteuer, welche gewöhnlich Kubr zu zahlen hatte, weil der Grundstückspreis ihm zuge wachsen ist. Das „Rude Pravo“ bemerkt hierzu: „Wenn die Verwaltung der Republik etwas wert wäre, würde sie den Kubr wegen dieser Preis treiberei mit Vorlägen sofort in Haft setzen und die, welche die Gemeinde Prag ausbeuten, mit ihm ins Kriminal stecken. Zu dem Grundstück, welches die Gemeinde braucht, weil ein Feiler der zukünftigen Brücke Vyšehrad — Radle darauf zu stehen kommt, kann sie durch Enteignung ganz leicht gelangen.“ Dazu ist ein Kommentar überflüssig.

„Geht nicht mit der Liebe, so geht es mit dem Haß.“ Die Unterbringung tschechischer Kinder aus Wien zum Ferienaufenthalt in der Tschechoslowakei, die vom Verein „Ceske sroce“ propagiert wird, will nicht von der Stelle gehen. Es ist eben nicht die Art des Nationalismus, sich für Werke der Liebe zu begeistern und der tschechische politische Nationalismus, der seit der Staatsgründung meist nur den Jubelruf der Möglichkeiten leicht Karriere zu machen und sich auf Kosten anderer zu bereichern, bedeutet, macht darin keine Ausnahme. Die Propagatoren der Unterbringung greifen nun zu dem Mittel, das offenbar nach ihrer Meinung einzig imstande ist, von der tschechischen Bourgeoisie materielle Opfer zu verlangen. Der tschechische Nationalismus ist aus dem Deutschenhaß geboren. Also wird die tschechische Wohltätigkeit im Namen des — Deutschenhaßes aufgerufen! Dies tut im Leitartikel der Nachmittagsausgabe der „Rarodni Politika“ vom 3. Juli eine gewisse A. Hamisova. Sie behauptet, daß der Erfolg der Deutschen auf dem Kongress

der Völkervereinigung in Prag der Propaganda zu danken ist, welche die Deutschen mit Hilfe ihrer Kinder, die sie systematisch für ihre nationalistischen Zwecke erziehen, im Auslande betreiben, gegen die das trodene Propagandabureau der Tschechen mit all seinen Statistiken und Aufsätzen nicht aufkommen kann. Es heißt dann weiter: „Auch die heutige Reise tschechischer Kinder aus dem Auslande hat große propagandistische Bedeutung im Auslande. Wir wollen damit das Nationalbewußtsein der Auslands tschechen wecken und stärken, damit sie die ungünstigen und unrichtigen Nachrichten abwehren, die über uns im Auslande verbreitet sind. Im nächsten Jahre wollen wir mit ihrer Hilfe unsere Kinder über die Grenze schicken, damit sie das Interesse des Auslandes für ihr Land ebenso gewinnen, wie die deutschen Kinder.“ — Mit solchen Mitteln glaubt man also die tschechische Wohltätigkeit in Bewegung setzen zu können. Man kann daran so recht sehen, wie die tschechische Volksseele durch das Gift des Nationalismus in die Irre geführt und verdorben wird. Mit der Liebe geht es nicht, sie wird nicht einmal aufgerufen. Nur ein Appell an den Haß und den Macht wahn wird für erfolgreich gehalten.

„Noch weitere Opfer.“ Nach so vielen Zitaten aus unserer deutschnationalen Presse über die Ermordung Rathenaus ist wohl die Öffentlichkeit schon genügend über deren Haltung orientiert. Trotzdem können wir es uns nicht verkagen, wiederzugeben, was sich die „St. Joachimsthaler Zeitung“, ein deutschnationales Reiseblatt, am 28. Juni leistete. Das Blatt schrieb:

„Rathenau. Der Minister Dr. Rathenau, genannt der Judenläufer von Deutschland, wurde am 24. Juni in Berlin erschossen. Mit ihm sind ein Schädiger deutscher Ehre ins Grab, ein Mann, der Deutschland von rückwärts mit erschlagen half. Durch Gründung einer Rohstoffzentrale machte er sich die Industrie und somit den größten Teil des deutschen Volkes untern. Der trant gewordene Geist eines böstlich entarteten Teiles des deutschen Reichsvolkes brachte zur ewigen Schande Deutschlands diesen Juden zur höchsten Wuchterschaft. Entwürdigenderes konnte dem einst so mächtigen Reiche nicht angetan werden, als den Juden Rathenau als Nachfolger deutscher Helde und Herrscher zu setzen. Seit Mai 1921 verhandelte derselbe Deutschland und die deutsche Ehre. Er opferte dem jüdischen Materialismus das deutsche Empfinden, und dieses schmachvolle Treiben hat seine Räder gesunden. In Rathenau ist nicht der jüdische Mensch ermordet worden, sondern ein jüdisches System, auf den Trümmern gesellener Völker die Welt herrschaft der Juden zu errichten. Die schwer dieser Fall das gesamte Judo traf, geht aus der Judenpresse hervor, zugleich aber auch die vorkommnis, wie tief wir in jüdischem Geiste stehen. Und diese Erkenntnis schützt den Haß und wird noch weitere Opfer fordern.“

Es ist nur ein ganz kleiner Witz, der da aus dem Witzel hervorkommt. Aber sein Gebläse ist auf denselben Ton gestimmt wie das Knurren seiner größeren Artgenossen.

Ihr werdet doch die Lumpenregierung nicht fürchten! Trotz des von Regierungsseite erfolgten Verbots der deutschvölkischen Sonnwendfeiern hat in Potsdam eine solche stattgefunden, die unter Mitwirkung der Reichswehr und Duldung der Schupo vor sich ging. Dem „Vorwärts“ ging aus dem Leserkreis über diese Feier folgender Bericht eines Augenzeugen zu. „Für die Aufmunterung sorgte die sogenannte „Schupmannstabell“. Es wurde reichlich gespielt und gesungen. Natürlich fast ausschließlich Wieder wie „Hakenkreuz am Stahlhelm“ und „Wir sind die Garde, die unsern Kaiser liebt“. Heberische Deklamationen fanden jubelnden Beifall. Schupo beamte, sowie der Gastwirt, die das Absingen monarchistischer Lieder sich verbot, wurden einfach ausgelacht. Die Kapelle hielt zwar für eine längere Zeit ein. Dafür wurde um so lauter gesungen. Der Major, der die Schupo befehligte, hatte sich — nach höhnischen Bemerkungen der Völkische zu schließen — „gedrückt“, um nichts zu sehen! Einige besonders „Nationalgesinnte“ standen mit zum Schwur erhobener Hand an einem Tisch, brachten auf die Ermordung Rathenaus ein Hoch aus und sangen dazu: „Wir wollen keine Judenrepublik!“ „So möge es allen Juden gehen!“ rief ein Chor der Rache. In einem Tisch unweit der Kapelle stand ein besonders „Deutschgesinnter“ vom Plaque auf, ein gefülltes Glas in der Hand und rief: „Ich bringe hiermit auf die Ermordung Rathenaus mein Glas!“ Der Lump fand lebhaften Beifall der Umstehenden. Als die Sache der Schupo selbst zu bunt wurde, und sie einen zwanzigjährigen Kaufmannsohn festnehmen wollte, wurde dieser durch einen Mann in Uniform und seinen Anhang befreit. Ein Schupobeamter erklärte: „Das ist hier schon kein Gartenkonzert mehr, das sind Ausschreitungen!“ Aber es geschah nichts. Im Gegenteil, trotz nachts auf dem Spielplatz auf dem Telegartenberge ein Feuer angezündet. Jaghafte wurden durch Worte aufgestachelt: „Ihr werdet doch die Lumpenregierung nicht fürchten, immer rauf auf den Platz!“ Nun wurden Hakenkreuzlieder und „Heil dir im Siegerkranz“ gesungen und sobann ein Parade marsch um das Feuer aufgeführt. Unter diesen Leuten befanden sich auch 50—60 Reichswehrsoldaten, die hauptsächlich unter dem Kommando eines stadtbekannteren früheren Leutnants Koch standen.“

Tschechische Nationalgelbe und deutsche Unternehmer. Die „Rarodni Listy“ berichten, daß die tschechischen nationaldemokratischen Metallarbeiter am 1. Juli nach Groß-Propolis bei Ramenth einen Ausflug unternahmen, wo sie der Grufi der Familie Ringhoffer einen Besuch abstatteten, wobei im Namen der Teilnehmer „der langjährigen

Arbeiter der Firma Ringhoffer“ Professor Erben eine pietätvolle Gedenkrede hielt. Der Herrschafts direktor dankte den Teilnehmern für diese Kundgebung der Pietät. — Ja, die tschechischen nationaldemokratischen Arbeiter wissen, was sich schickt. Sie sind bei all ihrem tschechischen Nationalismus, den sie nicht stark genug betonen können, pietätvolle Anhänger des deutschen Unternehmers, der seinerseits ihre Anhänglichkeit zu schätzen weiß.

Eröffnung einer Schwimm- und Badeanlage in Turn. Sonntag übergab die Stadt Turn eine große Institution der Öffentlichkeit: die modern eingerichtete und ausgebauten Schwimm- und Badeanlage im Angertelch. Der Plan, diesen Teich den breiten Bevölkerungsmassen zugänglich zu machen, stieß anfangs auf großen Widerstand und nur der unermüdlichen Anstrengungen einiger weniger ist es zu danken, daß hier eine Badegelegenheit entstanden ist, die sich allen ähnlichen Unternehmen im In- und Auslande würdig zur Seite stellen kann. Schon lange vor der festgesetzten Zeit hatten sich am Sonntag viele Laufende eingefunden, um der Eröffnung beizuwohnen. Nach 3 Uhr nachmittag übergab Bürgermeister Genoffe P a g e l, dem das Hauptverdienst an dem Zustandekommen dieser Anstalt gebührt, nach einer kurzen Ansprache die Anlage der Öffentlichkeit.

### Kleine Chronik.

Fliegerangriff bei Hamburg. Das gestern vormittags von Berlin kommende Postflugzeug stürzte kurz vor der Landung am Flugplatz in Hamburg ab und überschlug sich durch Bäume und Teichpflanzungen. Die Insassen, zwei Herren und eine Dame, wurden verletzt. Der Pilot, Lothar Richtigofen, ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

### Gerichtssaal.

#### Der Königinhofer Terror-Prozess.

(Bezirksgericht Königinhof.)

Am 30. Juni begann vor dem Königinhofer Bezirksgerichte die Schlussverhandlung im sogenannten Königinhofer Terrorprozess. Der Vorgang, welcher der Anklage als Grundlage diente war folgender: In der Baumwollweberei Hellmann in Rehelsdorf kam es infolge Aufnahme zweier Arbeiterinnen, die der christlichsozialen Organisation angehören und einen ganz ansehnlichen Besitzstand ihr Eigen nennen, während notdürftige Arbeiter vergeblich um Arbeit ansuchten, im Oktober vorigen Jahres zu einer spontanen Kundgebung im Betrieb, in deren Verlauf sich angeblich die der Union der Textilarbeiter angeschlossenen 22 Angeklagten verschiedene Delikte gegen das Terrorgesetz zu schulden kommen ließen. Einzelne wurden beschuldigt, den Christlichsozialen die Bestände eingeschlagen zu haben, andere sollen ihnen die Schlüssel weggenommen haben, andere sollen teils mündlich, teils durch Aufheben der Arme gedroht haben. Endlich sollen auch Beschimpfungen gegen die Christlichsozialen ausgeprochen worden sein.

Als Auslagen der Schwarzten wurden von den Zeugen, welche die Angeklagten anführten, widerlegt, da sich bei jeder Zeugenaussage ein Widerspruch ergab. Mit Recht wies der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Tausig, darauf hin, daß sich einzelne Christlichsoz. Zeugen selbst widersprechen, und er beantragte daher die genaue Protokollierung solcher Aussagen. Das verweigerte der Richter mit der brüskanten Bemerkung: „Das ist meine Sache, was ich protokollierte, ich werde mich von Ihnen nicht belehren lassen.“ Die Neutralität dieses Richters kam besonders zum Ausdruck, als ein Angeklagter sich gegen die unwahren Aussagen eines Zeugen verwahrte, und er diesem ins Gesicht schrie: „Das alles hier ist Lüge“, (er wies auf die Protokolle), „Ihr alle lügt!“ Auch da mußte sich der Richter belehren lassen, daß man Angeklagte nicht ohne weiteres beschimpfen darf.

Welch „urchtbares“ Bestätigungsmaterial von den Schwarzten zu Tage gefördert wurde, ergibt aus folgender Zeugenaussage. Der der christlichsozialen Organisation angehörende Alois Rahl, ein junger harter Mensch, bezeugt: Der Angeklagte Franz Kalensky ein kleiner gebrechlicher Greis von über 60 Jahren) soll ihm gesagt haben: „Du schwarzes Aas, ich werde dich erschlagen!“ Der Angeklagte weist diese Aussage mit Entrüstung zurück.

In seinem Plaidoyer verlangte der Staatsanwalt die Bestrafung sämtlicher Angeklagten, weil sie sich angeblich alle gegen das Terrorgesetz vergangen haben. Im gleichen Sinne sprach der Vertreter der Privatkläger, da es sich angeblich um die Freiheit der Ueberzeugung handelt, die das Gericht schätzen müsse. Es ist ihm wahrscheinlich nicht bekannt, daß die Empörung im Betrieb nicht wegen der Ueberzeugung der Schwarzten, die ja ohnehin eine sehr fragwürdige ist, sondern deswegen so groß war, weil beide Frauen Besitzstand haben und unter allen Umständen Arbeit bekommen wollten, während eine ganze Anzahl notdürftiger Arbeiter keine Beschäftigung finden konnte. Der Vertreter der Privatkläger beantragte zugleich für beide Schüßlinge die Bezahlung des entfallenen Lohnes von Oktober 1921 bis 1. Juli 1922 durch die Angeklagten.

Der Verteidiger führte aus, daß vom Terror im eigentlichen Sinne keine Rede sein kann, da dazu eine positive Tat notwendig wäre, was aber bei keinem der Angeklagten erwiesen sei. Wenn es in der allgemeinen Aufregung zu Beleidigungen gekommen sei, so soll man diese auch nur als Beleidigung abtun; denn das habe mit Terror nichts zu tun. Auch die anderen Delikte, welche den Beschuldigten zur Last gelegt werden, fallen nicht unter das Terrorgesetz; aus diesem Grunde beantragte er (der Verteidiger) den Freispruch sämtlicher Angeklagten. Die Forderung der Privatkläger nach Lohnentgelt

dingung ersuchte er abzuweisen, da es nicht erwiesen wurde, daß den Klägern tatsächlich ein Schaden durch die Angeklagten erwachsen sei. Das Urteil wurde am darauffolgenden Tage gefällt: 16 Angeklagte wurden wegen Vergehens gegen das Terrorgesetz zu einer Arreststrafe von je drei Tagen verurteilt durch einen Fakttag auf ein Jahr bedingt verurteilt, sechs Angeklagte wurden freigesprochen. Außerdem wurden die Angeklagten verurteilt, die Vertreterkosten der Gegenpartei in der Höhe von 1000 Kronen 70 Hellern zu bezahlen. Des weiteren haben sie an die beiden Privatkläger gemeinschaftlich je 2500 Kronen, also insgesamt 5000.— K Arbeitslohnverlust zu entrichten. — Dieses unerhörte Strafmaß für nicht erwiesene „Terrorakte“ bedeutet eine unverschämte Provokation der Arbeiterklasse. Die Angeklagten werden die Sache weiterleiten.

### Ein Hochverratsprozess in Baiern.

#### Frankreich fördert die Losrennung Süddeutschlands von der Deutschen Republik.

München, 3. Juli. Vor dem Volksgericht München begann heute der Prozess gegen Freiherrn von Leoprechting wegen Hochverrats. Nach der Anklageschrift stand Leoprechting in regem Verkehr mit dem französischen Gesandten in München Dard. Seine Bestrebungen gingen dahin, Süddeutschland von Norddeutschland zu trennen, was durch die militärische Besetzung der Mainlinie seitens der Franzosen herbeigeführt werden sollte. Der Angeklagte erhielt vom Sommer 1920 bis zur Zeit seiner Flucht aus München im Jahre 1922 von Dard monatlich 3000 Mark regelmäßig ausgezahlt. Um die Verbindung zwischen Süd und Nord zu fördern, gab Leoprechting eine Denkschrift mit unwahren Inhalt aus und beantragte ferner die polizeiliche Ueberwachung Baierns durch Organe des Reiches. Der Angeklagte bestritt beim Verhör, sich des Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht zu haben, gab aber zu, von Dard fortlaufend Geldunterstützungen erhalten zu haben. Auch die Organisationspläne seien teilweise richtig. Die Anklage, er habe mit gefälschten, angeblich vom Kronprinzen Rupprecht herrührenden Schriftstücken operiert, wiederrief er später als unwahr. Das vom Volksgerichte München einstimmig gefällte Urteil lautet auf schuldig des Hochverrats laut § 81 und 82 des Reichsstrafgesetzbuches. Es wurde auf lebenslängliche Zuchthausstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt. In der Urteilsbegründung wurde unter anderem folgendes ausgeführt: Das Gericht ist der Ueberzeugung, daß der französische Gesandte Dard im Auftrage des französischen Außenministers nach München gekommen sei, um sofort mit Hochbrud die Loslösung des deutschen Südens vom deutschen Norden zu betreiben. Dard habe mit der französischen Regierung vereinbart, daß nach entsprechender Vorbereitung, die im Rheinland stehenden Generale mit ihren Truppen überraschend die Mainlinie besetzen sollen, zum Zwecke der endgültigen Trennung des deutschen Südens vom Norden. Dard habe die Abtrennung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln betreiben und der Angeklagte habe ihn bei diesen Bestrebungen mit allen Kräften unterstützt.

### Ein gelber Ehrenbeleidiger.

(Bezirksgericht Braunau.)

Freitag, den 30. Juni, fand vor dem Braunauer Bezirksgerichte die Hauptverhandlung in der Ehrenbeleidigungssache des Genossen Dr. Strauß und des sozialdemokratischen Bezirkssekretärs in Braunau gegen den Betriebsleiter der Firma Drechsel und Hausbesitzer in Großdorf, Gustav Fleischer, statt. Dieser hatte gelegentlich einer öffentlichen Versammlung in Braunau, in der Genosse Dr. Strauß sprach, hinter dessen Rücken ehrenrührige Äußerungen gegen Dr. Strauß gemacht. Der Angeklagte wurde nach durchgeführter Verhandlung über Antrag des Verteidigers der Kläger, Herrn J. U. Dr. Karl Seidel, im vollen Umfange der Anklage als schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von K 400.— und den nicht unerheblichen Gerichtskosten (ca. K 500.—) verurteilt. Der Angeklagte, dem das Ausmaß der Strafe nicht passen mochte, legte dagegen Berufung ein mit der Begründung, daß die Aussage eines Zeugen nicht genüge, die Anklage zu befähigen. Herr Fleischer dürfte aber in seiner Auffassung sehr täuschen, nachdem er ja selbst durch seine eigenen Angaben, die er bei Gericht zu Protokoll gab, einen großen Teil des Inhaltes der Anklage bestätigt hatte. Auch durch die Aussagen der übrigen Zeugen wurde die durch den Hauptzeugen geschilderte Sachlage bestätigt und erhärtet. Wir werden über den Verlauf der Berufungsverhandlung in Rönigrätz noch berichten.

### Bauwirtschaft und Sozialpolitik.

Der Streik der Raolin- und Schlammereiarbeiter im Karlsbad-Elbogener Gebiete. Der Streik der Raolinarbeiter dauert unverändert an. Sonntag, den 2. Juli fanden für den Karlsbader Bezirk in Ottowitz und für den Bezirk Elbogen in Postkegau zwei große Versammlungen der Streikenden statt, in welchen alle Vorgänge im Streife besprochen wurden und auch die gegenwärtige Situation im Kampfe festgelegt wurde. In der vergangenen Woche haben die Maschinisten und Heizer der Betriebe mit 30. Juni ihre Kündigung überreicht. Die Kündigungen wurden zur Kenntnis genommen. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß der Kampf bis zum Neujahrsten geführt wird. Die Unternehmer versuchen auch die Chauffere und deren Mitfahrer zu Streikbrecherdiensten zu verwenden, doch lehnten auch diese die ihnen zugedachte Rolle ab. In beiden Versammlungen wurde klar ausgesprochen, daß alle Versuche der Unternehmer, durch Drohungen wie Abholen der Ki-



beitsbücher die Arbeiter umzustimmen, vergeblich sind. Alle irreführenden Ausstellungen, wegen Verhandlungen einzelner Unternehmer, werden in Zukunft nicht mehr beachtet werden. Vom Werke „Margarete“ in Wintersgrün erhielt der Betriebsausschuss ein Schreiben wegen Verhandlungen und stellte es sich schließlich heraus, daß die Verhandlungen nur von privater Seite geführt wurden. In beiden Versammlungen beschloß die Arbeiterschaft einstimmig und geschlossen, den aufgezungenen Kampf, den die Unternehmer nur aus „Solidaritätsgründen“ führen, da keinerlei wirtschaftliche Notigung bei der Hochkonjunktur in der Kaolinindustrie vorhanden ist, unter allen Umständen weiter zu führen.

**Erntezugelage für die Getreide-Ernte 1922.** Der Landesbeirat für Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft in Prag hat in seiner Plenarsitzung vom 23. Juni 1922 die „Erntezugelage“ für die heurige Getreide-Ernte festgesetzt. Diese wurde im Sinne der „Richtlinien“ für das ganze Land einheitlich festgesetzt und beträgt, sofern nicht im Afforde gearbeitet wird, 15 Prozent des Stundengrundlohnes. Die diesbezügliche Kundmachung, welche genaue Bestimmungen enthält, wurde an sämtliche Vertragsorganisationen und an alle politische Bezirksbehörden gefendet. Ueber Wunsch sendet das Landeszentralarbeitsamt Prag III, Tomasova 4, jedermann diese Kundmachung postwendend zu.

**Die Staatsbahnen gegen die deutschen Arbeiter.** Welche Folgen die Verstaatlichung der A.E. haben wird, kann man sich aufgrund folgenden Vorfalls vorstellen. Die Bahnerhaltung Obernitz hat bei der Bezirksanstalt für unentgeltliche Arbeitsvermittlung in Bilin Arbeiter angesprochen, welchem Ersuchen auch willfahrt wurde. Der Bahnmeister Dorschner hat jedoch die Aufnahme eines deutschen Arbeiters abgelehnt und als Grund wörtlich angegeben: „Indem er der Dienstprache nicht entspricht.“ Also nicht einmal als Oberbauarbeiter kann ein deutscher Arbeiter bei Staatsbetrieben Arbeit bekommen, wenn er nicht auch die Dienstprache versteht. So etwas hat es nicht einmal im alten Oesterreich gegeben!

**Staatskredit für die Industrie.** Die andauernde Wirtschaftskrise in Dänemark hat — wie die Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ meldet — die dänische Regierung veranlaßt, eine staatliche Hilfsaktion für die dänische Industrie einzuleiten. Der dänische Reichstag hat jüngst drei Millionen Kronen für Betriebsdarlehen an die dänische Industrie bewilligt. Des weiteren wurde vom Staate die Garantieleistung für eine weitere halbe Million dänischer Kronen, die die kleinen Industrieunternehmen als Darlehen aufnehmen wollen, übernommen.

**Ueberstrebung der lettischen Bahnen.** Zwischen der lettischen Regierung und einer amerikanischen Gesellschaft ist ein Vertrag über den Ausbau des lettischen Eisenbahnnetzes zustande gekommen. Die Gesellschaft übernimmt für 50 Jahre die Nutzung der Bahnlinien, nach Ablauf dieser Zeit gehen die Bahnen in die Hand der Regierung über. Die Einnahmen werden zwischen der Gesellschaft und der lettischen Regierung geteilt. Die Festsetzung der Tarife erfolgt im Einverständnis mit der lettischen Regierung. Ebenso wurden die Verhältnisse des Libauer Kriegshafens an eine amerikanische Gesellschaft verpachtet.

**Bereinigung zweier Hypothekenbanken.** Die beiden märkischen Landesreditinstitute, die Hypothekenbank und die Landeskulturbank haben sich vereinigt. Die neue Anstalt wird den Namen Märkische Hypotheken- und Landeskulturbank tragen.

**Spaltung der tschechischen Eisenbahnerunion.** Kaum ein Tag vergeht, da nicht eine neue Spaltung in den tschechischen Gewerkschaften gemeldet wird. Im „Rude Pravo“ fordert der ehemalige Obmann der tschechischen Eisenbahnergewerkschaften S o r s k y zur Gründung einer neuen — kommunistischen — Eisenbahnergewerkschaft auf. Die Vorschläge, die der Genannte für den Aufbau des neuen Verbandes macht, sind derartig, daß sich der anarcho-syndikalistische Charakter derselben gar nicht ableugnen läßt. Die Gruppen des künftigen Verbandes sollen vollkommen selbständig mit einander kooperieren sein, sodaß die Zentrale nichts in die Rechte der Gruppen hineinzureden hat. Ebenso sollen die Mittel des Verbandes den Gruppen und nicht der Zentrale gehören. Selbst der Reichsberger „Vorwärts“ bemerkt zu dieser Gründung, daß diese Art von Demokratie, so wünschenswert sie sonst wäre, die Schlagkraft der Organisation schädigt.

**Vorschläge zur Linderung der Wohnungsnot.** Das für die arbeitende Menschheit immer unerträglicher werdende Wohnungsbedürfnis gibt weiten Kreisen unserer Genossen Anlaß, darüber nachzusinnen, wie der Wohnungsnot abgeholfen werden könnte. In unserer Redaktion laufen ständig Vorschläge unserer Genossen aus allen Teilen des Staates ein und es ist ein außerordentlich erfreuliches Zeichen für die geistige Regsamkeit und den praktischen Intelligenzgeist, sowie für das treue Solidaritätsgefühl der sozialdemokratischen Arbeiter, daß sie das Problem zumeist ganz geschickt ansassen und daß sie, auch von der Arbeiterschaft zu tragende Opfer mit in den Bereich ihrer Vorschläge ziehen. So erhielten wir von unserem Genossen Josef K u z a u z aus Weipert schon mehrfach Vorschläge, von denen wir den letzten veröffentlichten wollen. Danach wäre von jedem Krankenversicherungspflichtigen pro Wohnkategorie ein Heller für Wohnungsbauten an die Krankenkassen abzuführen und durch die Unternehmer und den Staat in gleicher Höhe zu ergänzen. Die Beträge würden den von den Gemeinden eigens zu schaffenden Baufonds überwiesen. Die Banken wären zu verpflichten, auf jeden begonnenen Bau zinsfreie Darlehen, in einer nach ihrem Umfange

zu erreichenden prozentuellen Höhe, auf einige Jahre zu gewähren. Die Gemeinden hätten den Baugrund, eventuell auch einen Teil der Fuhrwerke und Hilfsarbeit unentgeltlich beizustellen, und würden dafür Eigentümer der Häuser, auf welche sie Hypotheken aufnehmen könnten, um weiter bauen zu können. Vom Staate wären Musterpläne beizustellen. Jeder Wohnpartei am Fincklande, welche ein Vermögen von 300.000 K. besitzt, sowie solche in Kleinstädten mit 500.000 K. und Hauptstädten mit einer Million K. Vermögen, wären verpflichtet, für sich eigene Wohnungen zu erbauen. Diese außerordentlichen Maßnahmen hätten so lange anzuhauern bis die Wohnungsnot behoben ist. — Wenn auch der Vorschlag des Genossen Kuz zum Teil utopisch ist, könnten zum Beispiel die Banken etwa nur dann zu unrentablen Darlehen auf mehrere Jahre gezwungen werden, wenn diese Darlehen als Hypothek auf die Häuser eingetragen würden, worauf es den Gemeindebaufonds nicht leicht werden würde, weitere Hypotheken zur Fortsetzung des Bauens zu erreichen. Außerdem halten wir von solchen Musterplänen nichts. Jedes Haus muß für seinen Bauplatz und für seine Umgebung besonders entworfen werden, welche auch auf die vorhandenen Materialien, sowie auf die schonheiliche Wirkung bedacht sind. Man kann in dieser Beziehung mit geringen Mitteln viel erzielen und wir würden lieber sagen, der Staat hat für gute Entwürfe zu sorgen, die jeweils auch den heimischen Hochleuten vorzulegen, oder von ihnen, oder im Einvernehmen mit ihnen ausgearbeitet wären. Der wesentlichste Mangel am Vorschlage des Genossen Kuz ist der, daß er die Abgabe von den Krankenversicherungspflichtigen und deren Unternehmern und dem Staate, wo diesen beiden Gruppen wieder mitzugeben, einbehalten läßt, nicht aber auch von den vielen übrigen Bürgern. Es erscheint uns der Vorschlag unseres Parteivorstandes, eine solche Abgabe, nach der Höhe des Mietzinses, nach Einkommen und Kinderzahl, von allen Mietern einzufordern, viel erfolgversprechender und gerechter. Jedemfalls freuen wir uns aufrichtig über das ernste Streben unserer Genossen nach Abhilfe in dem trübseligen Wohnungsamt, der so unsäglich viel Elend, Krankheit und Moralverschwendung im Gefolge hat. Alle Vorschläge konnten allerdings bei uns daran, daß ihre Durchführung von den Machtverhältnissen im Staate wesentlich abhängt.

**Genossenschaften und Arbeiterbewegung in England.** Der vor kurzem in Boston stattgefundenen Kongreß der englischen Gewerkschaften hatte außer den beruflichen Problemen der Genossenschaften auch deren Verhältnis zu den sozialistischen Ideen und zur Gewerkschaftsbewegung zum Gegenstand lehrreicher Erörterungen gemacht. Die Präsidentin des Kongresses, Lily Mary Davies, führte unter anderem aus: „Die Genossenschaftsbewegung strebt nicht die Veröhnung des Kapitals mit der Arbeit an, sondern sie arbeitet dafür, die alten Formen der Industrie mit einem neuen Geist zu durchdringen. Sie will die Grundlagen einer neuen industriellen Zivilisation schaffen. Die Macht des Kapitalismus soll in die Hände des demokratisch organisierten Volkes der Verbraucher gelegt werden. Die arbeitenden Massen müssen den Profit und die gesellschaftliche Dienste abschaffen und auf diese Weise endlich vom gegenwärtigen Lohnsystem loskommen.“ Das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zu den Genossenschaften gestaltet sich immer klarer und bewußter. Während die Labour Party noch vor wenigen Jahren kühl, ja sogar oft ablehnend der Genossenschaftsbewegung gegenüberstand, sind in den letzten Jahren starke Verbindungen sowohl moralisch wie materiell zustande gekommen. Der Gewerkschaftskongreß von 1919 hat bereits einen gemeinsamen Ausschuß der Gewerkschafter und Genossenschaftler für die Vertretung gemeinsamer Interessen eingesetzt, der 1917 vom Genossenschaftskongreß anerkannt wurde. Diese Zusammenarbeit hat schon zwei wichtige Proben bestanden: den Eisenbahnerstreik von 1919 und den Bergarbeiterstreik von 1921. Die Großbank der Genossenschaften, die Großeinkaufsgenossenschaft sowie die einzelnen Genossenschaften haben beide Male den Arbeitern tatkräftigen Beistand geleistet; sie haben Kredite gewährt und Lebensmittelgutscheine ausgegeben. Gelegentlich des Eisenbahnerstreiks haben sie den Streikenden Beträge in Höhe von 300.000 Pfund, während des Bergarbeiterstreiks mehr als 600.000 Pfund geliehen. In England gibt es gegenwärtig viereinhalb Millionen Mitglieder der Genossenschaften, 6 Millionen Gewerkschafter, 3 Millionen Mitglieder der Arbeiterpartei. Die Zahl derer, welche allen drei Organisationen gleichzeitig angehören, wird auf anderthalb Millionen geschätzt, was aber wichtiger ist: sämtliche führenden und fortschrittlich gerichteten Kräfte beteiligen sich gleichzeitig an allen drei Bewegungen. Einen heiligen Punkt in der Zusammenarbeit stellt die Frage der Organisation der Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften dar. Auf Grund eines 1919 gefaßten und im April 1922 erneuerten Beschlusses seitens des Genossenschaftsbundes sind sämtliche Angestellten und Arbeiter verpflichtet, einer ihrem Beruf zugehörigen Gewerkschaft beizutreten. Schwierigkeiten entstanden sowohl bezüglich der Auswahl der zuständigen Gewerkschaft, welcher sie beitreten sollten, — die Gewerkschaftsbewegung ist in England immer noch zersplittert genug — dann aber infolge der L. gerung der Direktoren der Genossenschaften, die Durchführung dieses Beschlusses zu veranlassen. Auch bezüglich der Tarifverträge bestehen vorerst noch unausgeglichene Differenzen, die jedoch die bereits so wichtige Aufgabe aufweisende Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Genossenschaften nicht wesentlich zu beeinträchtigen vermögen.

**Die Rückgabe der deutschen Patente in Amerika.** Im Kriege wurden deutschen Patentinhabern alle Rechte an ihren Patenten, die in amerikanischen Fabriken in Gebrauch waren, aberkannt. Nunmehr hat der Präsident der Vereinigten Staaten den Treuhänder für fremdes Eigentum, Miller, angewiesen, die Rückgabe

der deutschen chemischen Patente zu verlangen, die von der früheren Regierung an eine Gesellschaft verkauft worden sind. Die Patente sollen mehrere Millionen Dollars wert sein. In seiner Beleidung an den Treuhänder Miller sagt der Präsident, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Regierung den Trust, der bei der Uebernahme dieses Eigentums beteiligt war, nicht richtig beaufsichtigt habe. Der Vorstand der Chemical Foundation erklärt zu diesem Schritte des Präsidenten, die Maßnahme werde lediglich den Deutschen nützen, sie bedeute die Zerstörung der organischen chemischen Industrie in Amerika. Die Gesellschaft werde sich an die Gerichte wenden.

**Das Wachstum der österreichischen Gewerkschaften.** Aus Wien wird uns gemeldet: Gestern ist der Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission für das abgelaufene Jahr erschienen. Danach hatten der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften Ende Dezember 1920 900.820 Mitglieder, davon 215.175 Frauen. Ende 1921 hatten sie 1.079.777 Mitglieder, davon 261.540 Frauen. Von den Mitgliedern sind 137.522 Privatangestellte, 181.674 öffentliche Angestellte, das sind insgesamt 30 Prozent der Angestelltenorganisationen, 70 Prozent sind Arbeiter. Die Einnahmen haben im Jahre 1920 86,5 Millionen, im letzten Jahr 626 Millionen; die Ausgaben im Jahre 1920 60,8 Millionen, im Jahre 1921 444 Millionen Kronen betragen.

**Die Petroleumproduktion.** Amerikanische Zeitungen veröffentlichen eine interessante Statistik über die Gesamtzeugung von Erdöl im Jahre 1921. Danach ist die Weltproduktion gegen 1920 um etwa zehn Prozent gestiegen. Sie betrug im Jahre 1921 759 Millionen Barrel (1 Barrel = 163,56 Liter). Auf die Vereinigten Staaten entfallen davon 469 Millionen Barrel, auf Mexiko 195.000 Barrel, auf Kanada 200.000 Barrel. In Venezuela ist die Petroleumförderung von 450.000 Barrel auf 1 Millionen gestiegen. Russland hat 28 Millionen Barrel gefördert, Rumänien, Persien und Indien zusammen 30 Millionen Barrel. Deutschland förderte etwas über 200.000 Barrel und Frankreich über 400.000 Barrel. Großbritannien steht mit seinem europäischen Besitz an letzter Stelle; es förderte auf dem Inlande nur 3000 Barrel. Für die nächsten Jahre ist in Persien und Mesopotamien mit einer außerordentlichen Steigerung der Petroleumproduktion zu rechnen.

**Kurze der Valuten.**

**Prager Kurse.** Es kosten: 100 Holl. Gulden 2013, 100 Mark 12.0250, 100 Schwei. Franken 90250, 100 Lire 24450, 100 franz. Franken 434, 1 Pfund Sterling 231.42 1/2, 1 Dollar 52.45, 100 belg. Franken 411, 100 Pesetas 81450, 100 Dinar 6150, 100 österr. Kronen 027, 100 poln. Mark 1.09 1/2, 100 ung. Kronen 470.

**Wiener Kurse.** Berlin 118 1/2, Wien 002 1/2, Prag 10.10, Holland 208, New York 5.26 1/2, London 23.28, Paris 43.60, Mailand 24.37 1/2, Budapest 0.47 1/2, Agram 1.62 1/2, Warschau 0.11.

**Aus der Partei.**

**Bezirkskonferenz Joachimthal** der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Lokalvertrauensmänner. Sonntag, den 8. d. M. vormittags 9 Uhr im Hotel „Volkshaus“ in St. Joachimthal Bezirkskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Lokalvertrauensmänner des Bezirkes St. Joachimthal. Auf der Tagesordnung stehen: Bericht von der 5. Kreiskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Kreises Karlsbad, Stellungnahme zum Ablauf der Funktionsdauer der Gemeindevertretungen und „Unsere künftige Gemeindepolitik“. Referent Genosse De Witte-Karlsbad.

**Kunst und Wissen.**

**Neues Theater.** Heute, den 5.: „Die keusche Susanne“; Donnerstag, den 6.: „Die Auserwählte“; Freitag, den 7.: Gastspiel Manowarda „Stegfried“; Samstag, den 8.: „Berwolf“; Sonntag, den 9.: nachmittags „Pottasch und Perlmutter“, abends „Der Bettelstudent“.

**Kleine Bühne.** Heute, den 5.: „Menagerie“; Freitag, den 7.: „Nur noch eine Frau“, Beethoven. Sonate“; Mittwoch“; Samstag, den 8.: „Candida“; Sonntag, den 9.: „Raub der Sabinerinnen“.

**Bereinsnachrichten.**

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag. Heute Mittwoch, den 5. Juli um 8 Uhr abends im Vereine deutscher Arbeiter wichtige Sitzung der Ortsgruppenleitung und der Unterausschüsse.

**Turnen und Sport.**

Die österreichische Meisterschaft 1. Klasse: Sportklub 32 Punkte, Rapid 31, Haloah 31, Amature 20, Wader 24, Pertha 23 und Vienna 20; Letzter auf der Tabelle ist Slammering mit 10 Punkten bei 22 Spielen, während die Ostmark alle 24 Spiele bereits absolviert hat und nur 17 Punkte aufweist, so daß sie von Simmering noch überholt werden kann. — 11. Klasse: W. A. C. 42, Germania 42, Slovan 42, Gersthof 35 und Donaufahrt 28 Punkte; Flu Star hat nur 11 Punkte aufzubringen vermocht und wird somit Abstiegskandidat.

**Beißtisch I. gegen S. R. Tümmig 1:3 in Tümmig.** Von Tümmig äußerst unfair geführter Kampf, in dessen Verlaufe fast alle Beißtischler verletzt wurden und daher ganz ohne Ambition spielten. Trotzdem waren sie immer ständig überlegen, konnten jedoch gegen die Tümmiger „Verteidigungsmauern“ nichts ausrichten. Der Schiedsrichter ein Tümmiger, beeinträchtigte durch seine Fehlentscheidungen und seine Parteilichkeit das Spiel. Was es sich leistete, ist nicht zu beschreiben. Hoffentlich schafft der Arbeiter-Sportverband in dieser Hinsicht bald Ordnung. Beißtischler fast, technisch überlegen, fällt zuletzt ganz ab, wodurch Tümmig mühelos zwei Tore erzielen kann. Bei Tümmig her Lormann hervortragend. Die Zuschauer, gegen 2000, waren mit den Entscheidungen des Unparteiischen nicht zufrieden.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

**Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte**  
**M. DEUTSCH**  
Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25  
(Kleiner Bazar).

**Die Seuchengefahr**

nach dem Kriege kann noch nicht als beseitigt bezeichnet werden. — Meistens tragen zur Verbreitung ansteckender Krankheiten die Fliegen bei. — Der einzige zweckmäßige Vertilger ist der erprobte **Unio-Fliegenfänger**. 976

Herausgeber: Dr. Rudolph Cesch und Karl Czernak.  
Druck: Deutsche Zeitungs- und Verlags-Gesellschaft Prag  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

**gleichet der feinsten Teebutter.**

**Stadt- und Dorfgemeinde fordern**

die Verantwortung einer Umengung von Verwaltungsaufgaben. **Ronalds Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der **Buchhandlung Freiheit** Teplitz, Schönau Theresienstraße 18.

**Inszerieren Sie im Sozialdemokrat !!**

**BERSON**

**Gummiabsatz und Sohle**  
erhalten Ihr Schuhwerk dauerhaft und elegant